

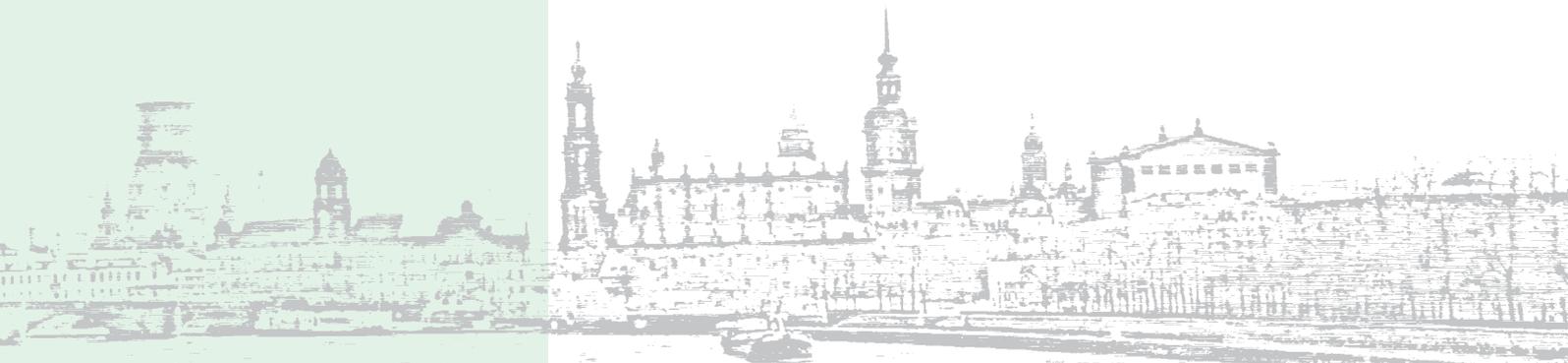
ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Michael Berlemann, Beate Grundig und Gerit Vogt*
Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland 2004/2005
- *Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2005: Weiter aufwärts ohne Schwung
- *Marco Weimann*
EWU-Beitritt der neuen EU-Mitglieder

Im Blickpunkt

- *Thomas Fester*
Das EU-Budget 2007 bis 2013



12. Jahrgang (2005)
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20
E-Mail: dresden@ifo.de
Internet: <http://www.ifo-dresden.de>
Redaktion: Michael Berlemann
Technische Leitung: Carsten Pohl
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Bezugspreis jährlich: 25,00 €
Preis des Einzelheftes: 5,00 €
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten
Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.
Grafik Design: © ifo Institut München
Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 1/2005

Aktuelle Forschungsergebnisse

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland 2004/2005

3

Michael Berlemann, Beate Grundig und Gerit Vogt

Der vorliegende Beitrag dokumentiert und diskutiert die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland. Zunächst wird die konjunkturelle Entwicklung Sachsens im Jahr 2004 nachgezeichnet. Anschließend werden die wichtigsten Entwicklungen auf dem sächsischen Arbeitsmarkt im Jahr 2004 aufgezeigt. Schließlich liefert der Beitrag eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen und Ostdeutschland im Jahr 2005. Der Prognose zufolge dürfte das sächsische und ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 wieder moderat ansteigen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird voraussichtlich jedoch leicht zurückgehen.

Deutschlandprognose 2005: Weiter aufwärts ohne Schwung

14

Wolfgang Nierhaus

Das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wird im Jahresdurchschnitt 2005 um 1,2 % steigen, nach Ausschaltung von Kalenderschwankungen sogar um 1,4 %. Die Investitionen werden wieder steigen, auch der private Konsum dürfte sich beleben. Die Exporte bleiben angesichts des immer noch günstigen internationalen Umfelds weiterhin eine wichtige Stütze der Konjunktur; ihr Anstiegstempo wird sich aber verringern. Die Arbeitsmarktsituation wird jedoch desolat bleiben; in der Spitze wird die Arbeitslosenzahl bei Einrechnung der Hartz-IV-Reform sogar auf 5,1 Mill. klettern.

EWU-Beitritt der neuen EU-Mitglieder – Ist eine gemeinsame Geldpolitik für ganz Europa sinnvoll?

27

Marco Weimann

Am 1. Januar 2002 wurde mit der Einführung des Euro-Bargelds der finale Schritt auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion vollzogen. Parallel verhandelte die Kommission bereits seit Jahren mit den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern über deren künftigen Beitritt zur Europäischen Union. Seit der EU-Beitrittsrunde vom 1. Mai 2004 sind nunmehr zahlreiche Länder Mittel- und Osteuropas Mitglieder der EU. Während unter den ursprünglichen EU-Ländern Großbritannien, Dänemark und Schweden bis auf weiteres auf den Euro als offizielles Zahlungsmittel verzichtet haben, wird für die neu in die Gemeinschaft aufzunehmenden Staaten die (spätere) Euro-Einführung in jedem Falle untrennbar mit dem Beitritt zur EU verbunden sein. Vor diesem Hintergrund soll die Frage, inwieweit eine gemeinsame Währung – und damit auch eine gemeinsame Geldpolitik – für den westeuropäischen EU-Kern und die neuen Mitglieder im Osten aus ökonomischer Sicht sinnvoll sind, einer Untersuchung unterzogen werden.

Im Blickpunkt

Das EU-Budget 2007 bis 2013 – Keine Einigung in Sicht

32

Thomas Fester

Der Finanzrahmen für die Programmperiode 2007 bis 2013 steht angesichts knapper Haushaltskassen weiterhin in der öffentlichen Debatte. Bei dieser Diskussion sollte nicht allein das Ausgabenvolumen und hierbei insbesondere das Volumen der Strukturförderung im Mittelpunkt stehen. Auch auf der Einnahmenseite der Europäischen Union besteht Handlungsbedarf. So ist z. B. eine Reform der derzeitigen Korrekturmechanismen und hierbei insbesondere des so genannten „Brittenrabatts“ überfällig.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich	37
Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest	39

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen	43
ifo Vorträge	43
ifo intern	44

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen und Ostdeutschland 2004/2005

Michael Berlemann, Beate Grundig und Gerit Vogt¹

Der vorliegende Beitrag dokumentiert und diskutiert die Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland. Zunächst wird die konjunkturelle Entwicklung Sachsens im Jahr 2004 nachgezeichnet. Anschließend werden die wichtigsten Entwicklungen auf dem sächsischen Arbeitsmarkt im Jahr 2004 aufgezeigt. Schließlich liefert der Beitrag eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen und Ostdeutschland im Jahr 2005. Der Prognose zufolge dürfte das sächsische und ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 wieder moderat ansteigen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird voraussichtlich jedoch leicht zurückgehen.

Allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Sachsen 2004

Im Jahr 2004 ist die sächsische Wirtschaftsleistung spürbar gewachsen. Hochrechnungen des ifo Instituts ergeben für das gerade abgelaufene Jahr 2004 eine Zunahme des sächsischen Bruttoinlandsprodukts von 1,7%.² Mit dieser Wachstumsrate dürfte die sächsische Wirtschaft etwa im Bundestrend (1,7%) und leicht über dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer

(1,6%) liegen. Das sächsische Wirtschaftswachstum wurde hauptsächlich von der weiterhin positiven Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe getragen. Die reale Bruttowertschöpfung lag im verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) vermutlich um 7,1% über dem Vorjahreswert (vgl. Abb. 1). Im Baugewerbe und im Handel dürfte die reale Bruttowertschöpfung hingegen unter das Vorjahresniveau gesunken sein (-6,9 bzw. -4,5%).

Wachstumsmotor Export

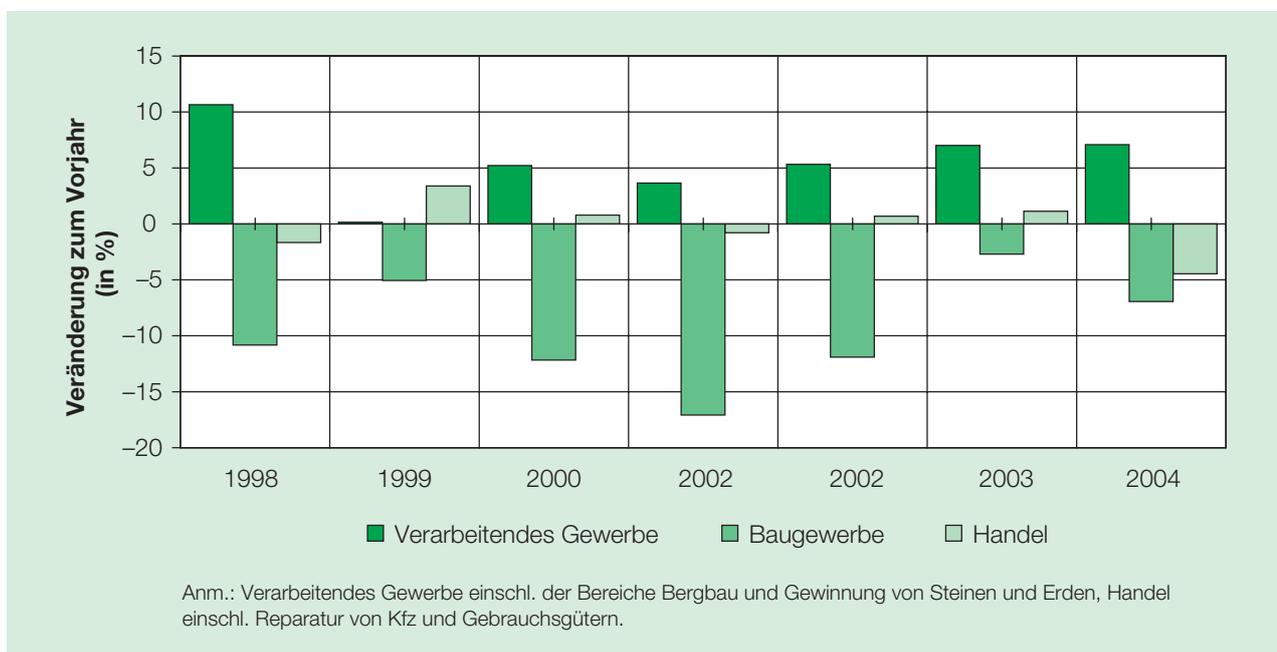
Starke Wachstumsimpulse gingen vom Ausland aus. Wie dem Beitrag von NIERHAUS in diesem Heft³ zu entnehmen

¹ Michael Berlemann ist stellvertretender Geschäftsführer, Beate Grundig und Gerit Vogt sind wissenschaftliche Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden.

² Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Vergleich zum Vorjahr. Die ersten amtlichen Daten (erste Fortschreibung) zum Bruttoinlandsprodukt der einzelnen Bundesländer im Jahr 2004 werden am 8. Februar 2005 vom Arbeitskreis VGR der Länder veröffentlicht. Weitere Informationen zum Arbeitskreis VGR der Länder finden sich unter: http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR.

³ Vgl. W. NIERHAUS: Deutschlandprognose 2005: Weiter aufwärts ohne Schwung. In diesem Heft, S. 14–26.

Abbildung 1: Veränderung der realen Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, 2004 (Handel 2002 bis 2004); Hochrechnung des ifo Instituts.

ist, boomte die Weltwirtschaft im letzten Jahr so stark wie seit fast drei Jahrzehnten nicht mehr. Sachsen konnte aufgrund seiner relativ starken Außenhandelsverflechtungen offenbar etwas mehr von den weltwirtschaftlichen Impulsen profitieren als die anderen ostdeutschen Bundesländer. Die relativ starken Außenhandelsverflechtungen Sachsens lassen sich anhand eines Vergleichs der Exportquoten verdeutlichen. Die Exportquote Sachsens, d. h. der Anteil der Ausfuhren am Bruttoinlandsprodukt, lag im Jahr 2003 bei 19,6 % und damit deutlich über der Exportquote der anderen ostdeutschen Bundesländer (vgl. Abb. 2), aber unter Bundesdurchschnitt.

Anhand der Exportquote lässt sich auch die unterschiedliche Entwicklung der Zeitreihen des ifo Geschäftsklimas für Deutschland und Ostdeutschland interpretieren. Das Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands lag im letzten Jahr über dem Niveau der entsprechenden Indikatoren für Ostdeutschland und Sachsen (vgl. Abb. 3). Die gesamtdeutsche Wirtschaft konnte offenbar im weitaus stärkeren Maße an der prosperierenden Weltwirtschaft partizipieren als die Wirtschaft der ostdeutschen Bundesländer.

Produktionsausweitungen im verarbeitenden Gewerbe

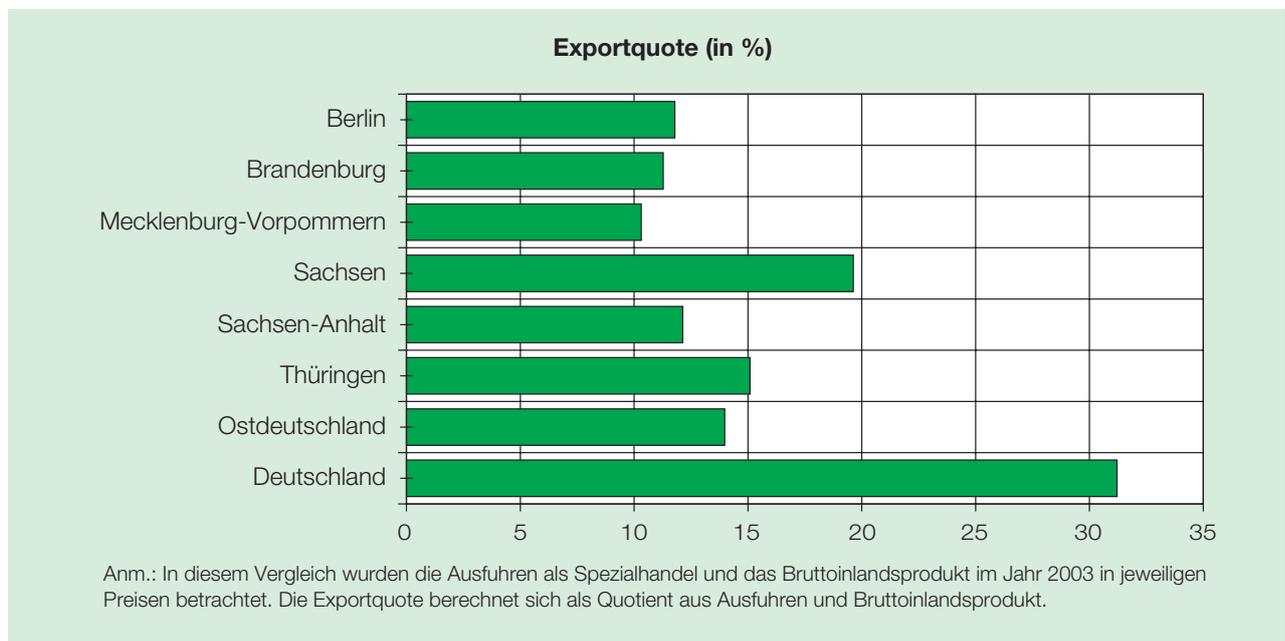
Von den weltwirtschaftlichen Impulsen dürften in der sächsischen Wirtschaft insbesondere die Unternehmen

im verarbeitenden Gewerbe profitiert haben. Dies gilt sowohl für die exportierenden Unternehmen als auch für Unternehmen, die Vorleistungen an exportierende Unternehmen liefern. Expansive Impulse kamen jedoch nicht nur aus dem Ausland. Auch im Inland konnten deutlich höhere Umsätze realisiert werden als im Vorjahr. Der nominale Gesamtumsatz der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes übertraf in den ersten drei Quartalen das Ergebnis des gleichen Vorjahreszeitraums um etwa 10 %. Besonders starke Zuwächse waren im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie im Bereich Herstellung von Büromaschinen, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik und im Holzgewerbe zu verzeichnen.⁴ Den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zufolge hat sich der insgesamt positive Trend im verarbeitenden Gewerbe auch im IV. Quartal fortgesetzt.

Die räumlichen Erweiterungen von AMD in Dresden und die Produktionsaufnahme des neuen BMW-Werks in Leipzig dürften sich bisher noch gar nicht oder nur in geringem Umfang auf den Gesamtumsatz im verarbeitenden Gewerbe ausgewirkt haben. Im Leipziger BMW-Werk ist nach Unternehmensangaben im zweiten Halbjahr 2004 zunächst die Vorserienproduktion angelaufen. Die Serienproduktion von Fahrzeugen der BMW 3er-Baureihe wird

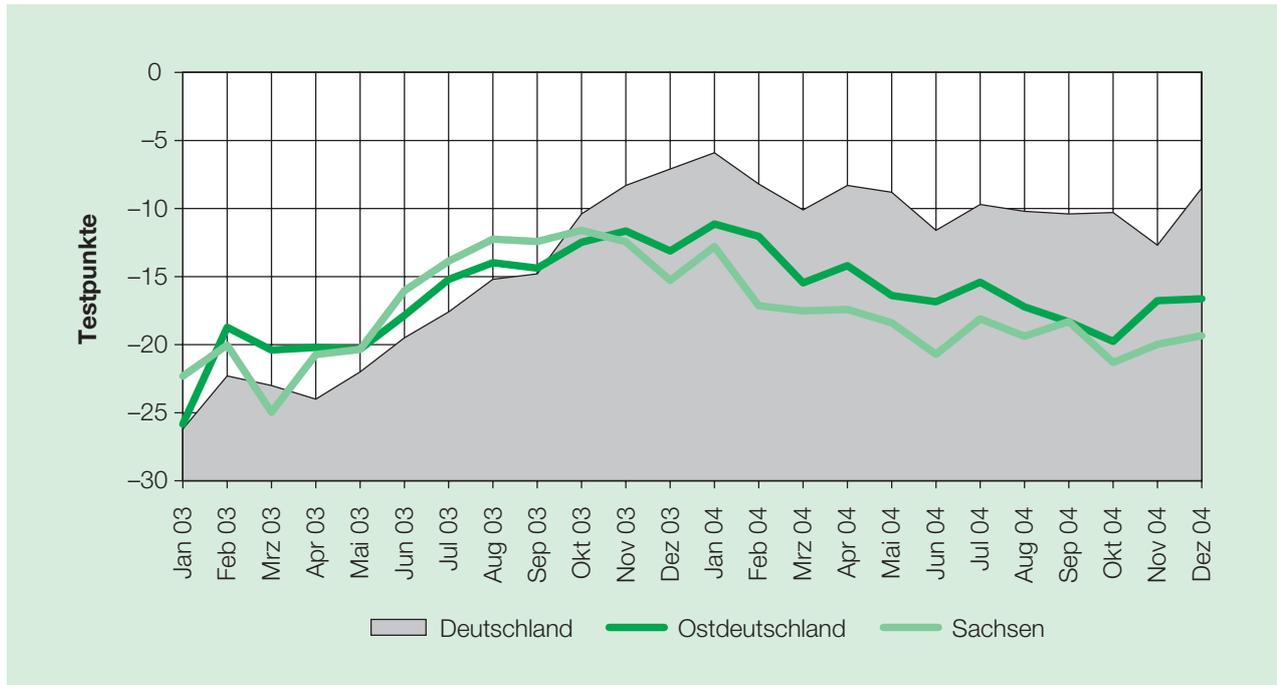
⁴ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2004a). Im Juni 2004 wurde im Vergleich zum Vorjahresmonat ein besonders hoher Umsatzzuwachs ausgewiesen. Dies lässt sich mit den Produktionsausfällen im Juni 2003 (Arbeitskampf in der Metall- und Elektroindustrie) und der damit verminderten Berechnungsbasis erklären.

Abbildung 2: Exportquoten der ostdeutschen Bundesländer 2003



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 3: ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens und Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte)



Quelle: ifo Konjunkturtest.

vermutlich im ersten Halbjahr 2005 beginnen.⁵ Die räumlichen Erweiterungen von AMD in Dresden dürften sich hingegen erst im Jahr 2006 auswirken. Im Mai des Jahres 2004 wurde das Richtfest für die neue AMD-Fabrik Fab 36 gefeiert. Mit der Auslieferung der ersten 300 mm-Wafer soll im ersten Halbjahr 2006 begonnen werden.⁶ In Zukunft dürften die Produktionsausweitungen von AMD und BMW zu einem höheren Gesamtumsatz führen.

Abwärtstrend im Baugewerbe

Der expansiven Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe stand im letzten Jahr wieder ein Rückgang im Baugewerbe gegenüber. Das sächsische Tiefbaugewerbe konnte zu Beginn des Jahres 2004 nochmals von der Flut-Sonderkonjunktur profitieren. Im Laufe des Jahres hat sich die Situation jedoch insbesondere im Straßenbau merklich verschlechtert.

Auch im Hochbau zeigte sich eine zunehmend ungünstigere Umsatzentwicklung. Angesichts der weiterhin prekären Finanzlage der öffentlichen Haushalte nahm das Bauvolumen im öffentlich finanzierten Hochbau besonders stark ab. Die Entwicklung im Wohnungsbau wirkte sich hingegen eher stabilisierend auf den Gesamtumsatz aus.

Der nominale Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe ist in den ersten drei Quartalen um knapp 7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurückgegangen.⁷ Der Auftragseingang und das ifo Geschäftsklima für das sächsische Bauhauptgewerbe deuten darauf hin, dass sich dieser Rückgang im IV. Quartal beschleunigt hat. Der Gesamtumsatz und die Bruttowertschöpfung dürften daher im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesunken sein.

Schwache Nachfrage im Handel

Auch der Handel musste im letzten Jahr Umsatzverluste hinnehmen. Steigende Preise für Gesundheitsdienstleistungen und Energie sowie die Unsicherheiten in Zusammenhang mit den Arbeitsmarkt- und Sozialreformen wirkten sich dämpfend auf die Kaufkraft und die Konsumneigung aus. In Folge der schwachen Nachfrage sank der reale Einzelhandelsumsatz in den ersten drei Quartalen um knapp 1%.⁸ Zum Jahresende dürfte die Umsatzentwicklung den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests zufolge etwas günstiger verlaufen sein. Das für den Einzelhandel

⁵ Vgl. BMW WERK LEIPZIG (2005).

⁶ Vgl. AMD SAXONY (2005).

⁷ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2004b).

⁸ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2004c).

so wichtige Weihnachtsgeschäft entsprach offenbar den Unternehmenserwartungen.

Die Entwicklung des Großhandels dürfte hauptsächlich durch drei Faktoren beeinflusst worden sein. Vom verarbeitenden Gewerbe kamen expansive und vom Einzelhandel sowie vom Baugewerbe dämpfende Impulse. Offenbar dominierten insgesamt die dämpfenden Impulse. Von Januar bis September ist der reale Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 10 % gesunken. Besonders starke Rückgänge waren im Bereich Großhandel mit Rohstoffen, Halbwaren und Reststoffen und in der Handelsvermittlung zu konstatieren. Die reale Bruttowertschöpfung im gesamten Handel dürfte im Jahr 2004 um ca. 5 % unter dem Niveau des Vorjahres gelegen haben.

Entwicklungen am sächsischen Arbeitsmarkt 2004...

... bei der Beschäftigung im Allgemeinen

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten in Sachsen war – wie bereits in den vergangenen drei Jahren – auch 2004 rückläufig. Im ersten Halbjahr 2004 ging in Sachsen die Zahl der SV-Beschäftigten um rund 2,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Ein Teil dieses Rückgangs liegt allerdings in der Rückführung arbeitsmarktpolitischer Instrumente wie beispielsweise Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen begründet. Zieht man die in solchen Maßnahmen Beschäftigten von der Gesamtzahl der SV-Beschäftigten ab, so fällt der Rückgang „regulärer“ Beschäftigung mit 1,7 % etwas geringer aus.⁹

In Abbildung 4 wurde die Entwicklung der saisonbereinigten Zahl SV-Beschäftigter, normiert auf den Durchschnitt des Jahres 2000, abgetragen. Neben Sachsen und Ostdeutschland wurde auch Westdeutschland aufgenommen, allerdings wurde für Westdeutschland auf die Unterscheidung in alle und in reguläre SV-Beschäftigte verzichtet, da die Beschäftigten im so genannten Marktersatz nur einen geringen Anteil an allen SV-Beschäftigten ausmachen und sich die Entwicklungen damit nur minimal unterscheiden.

Die Entwicklung der Beschäftigung in Sachsen verläuft ähnlich der Entwicklung in Ostdeutschland, wenngleich sich die Beschäftigung in Sachsen seit 2003 geringfügig besser entwickelt hat als in Ostdeutschland. Die Zahl der Beschäftigten in Westdeutschland war in den vergangenen drei Jahren ebenfalls rückläufig, am aktuellen Rand ist eine Seitwärtsbewegung beobachtbar.

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung macht jedoch nur einen – wenn auch großen – Teil der gesamten Erwerbstätigkeit aus. Denn die Erwerbstätigen beinhalten außerdem noch Selbstständige und mithelfende Familienangehörige, Beamte und geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer. So ging zwar die Zahl der SV-Beschäftigten zurück, gleichzeitig stieg aber die Zahl der Selbstständigen und der geringfügig Beschäftigten.

Die geringfügige Beschäftigung ist zuletzt deutlich angestiegen. Dies ist insbesondere auf die Neuregelung der Mini-Jobs zurückzuführen. So wurde die Einkommensgrenze von 325 € auf 400 € angehoben. Bis zu dieser Grenze werden von Seiten der Arbeitnehmer keine Abgaben fällig. Bei Einkommen von 400,01 € bis 800 € wurde die sog. Gleitzone eingeführt, in der die Beiträge langsam ansteigen. Im März 2004 gab es im Vergleich zu März 2003, also vor der Reform, mit 191.363 Personen 9,4 % mehr geringfügig entlohnte Beschäftigte in Sachsen, in Ostdeutschland waren es sogar 15,1 % Beschäftigte mehr.

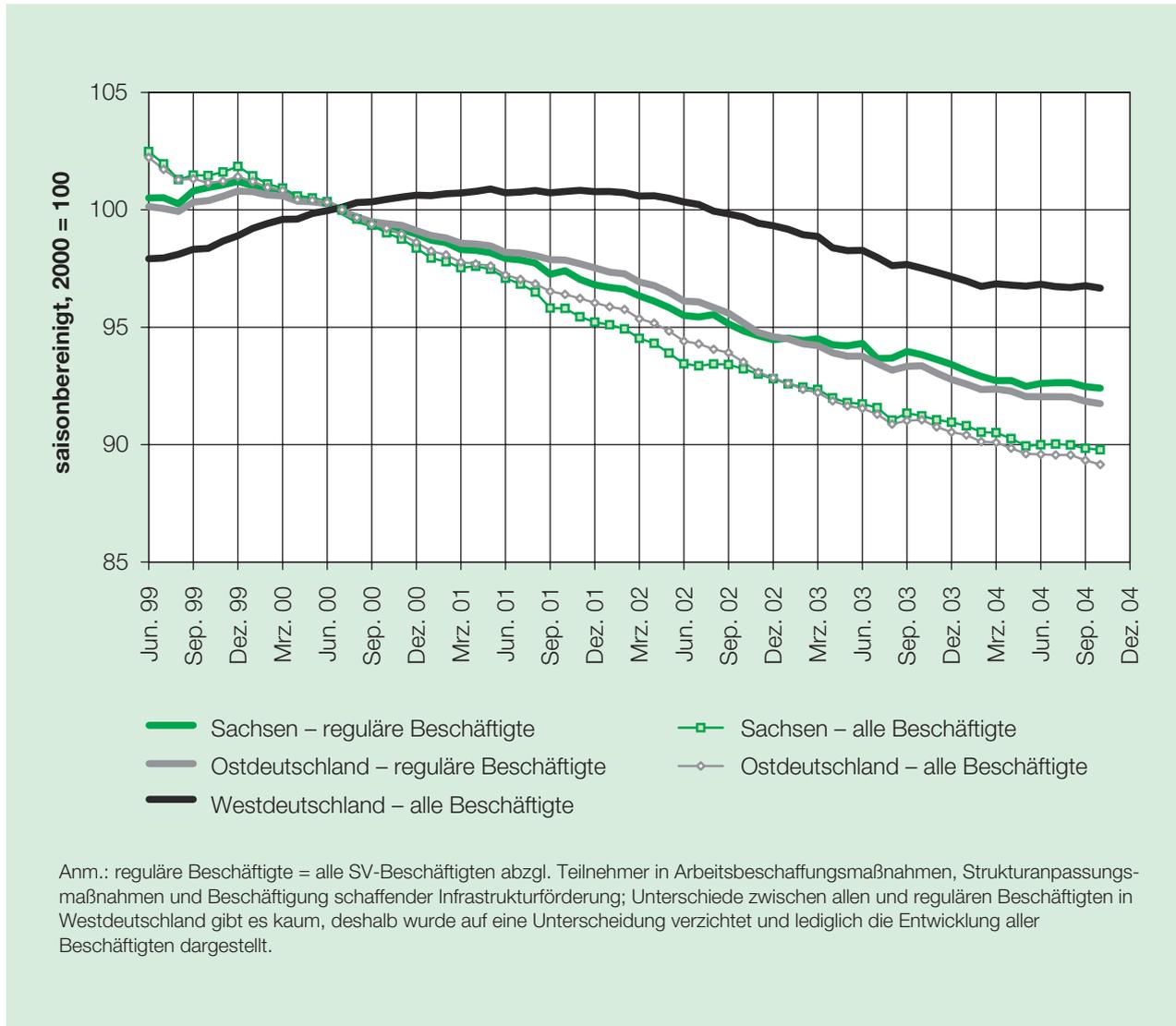
Die gestiegenen Selbstständigenzahlen sind zu einem großen Teil auf eine hohe Zahl neu gegründeter Ich-AGs zurückzuführen. So erhielten im Dezember 2004 18.384 Personen den Existenzgründungszuschuss (Ich-AG) und 6.177 Selbstständige wurden mit Überbrückungsgeld gefördert, dies bedeutet – beide Instrumente zusammengenommen – einen Anstieg von über 106,3 %. Inwieweit die neu gegründeten Ich-AGs auch mittel- und langfristig Bestand haben, kann frühestens nach Ablauf des Jahres 2005 beurteilt werden, wenn für die ersten Ich-AG-Gründer die maximal mögliche Förderzeit von drei Jahren vorüber ist.

Insgesamt veränderte sich die jahresdurchschnittliche Erwerbstätigkeit in Sachsen nach ersten vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung nur marginal: von 1.918.500 in 2003 auf 1.919.100 Erwerbstätige im Jahr 2004.¹⁰ Trotz dieser leicht positiven Entwicklung steht Sachsen im Bundeslandvergleich nur auf Platz 14, knapp vor Schleswig-Holstein und deutlich vor Mecklenburg-Vorpommern mit einem Erwerbstätigenrückgang von 0,5 %. Im gesamtdeutschen Durchschnitt erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 0,3 % im Jahresvergleich.

⁹ Als Beschäftigte in Maßnahmen wurden hier die Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffender Infrastrukturförderung gezählt.

¹⁰ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2005).

Abbildung 4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (saisonbereinigte Werte, Jahresdurchschnitt 2000=100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

... und nach Branchen

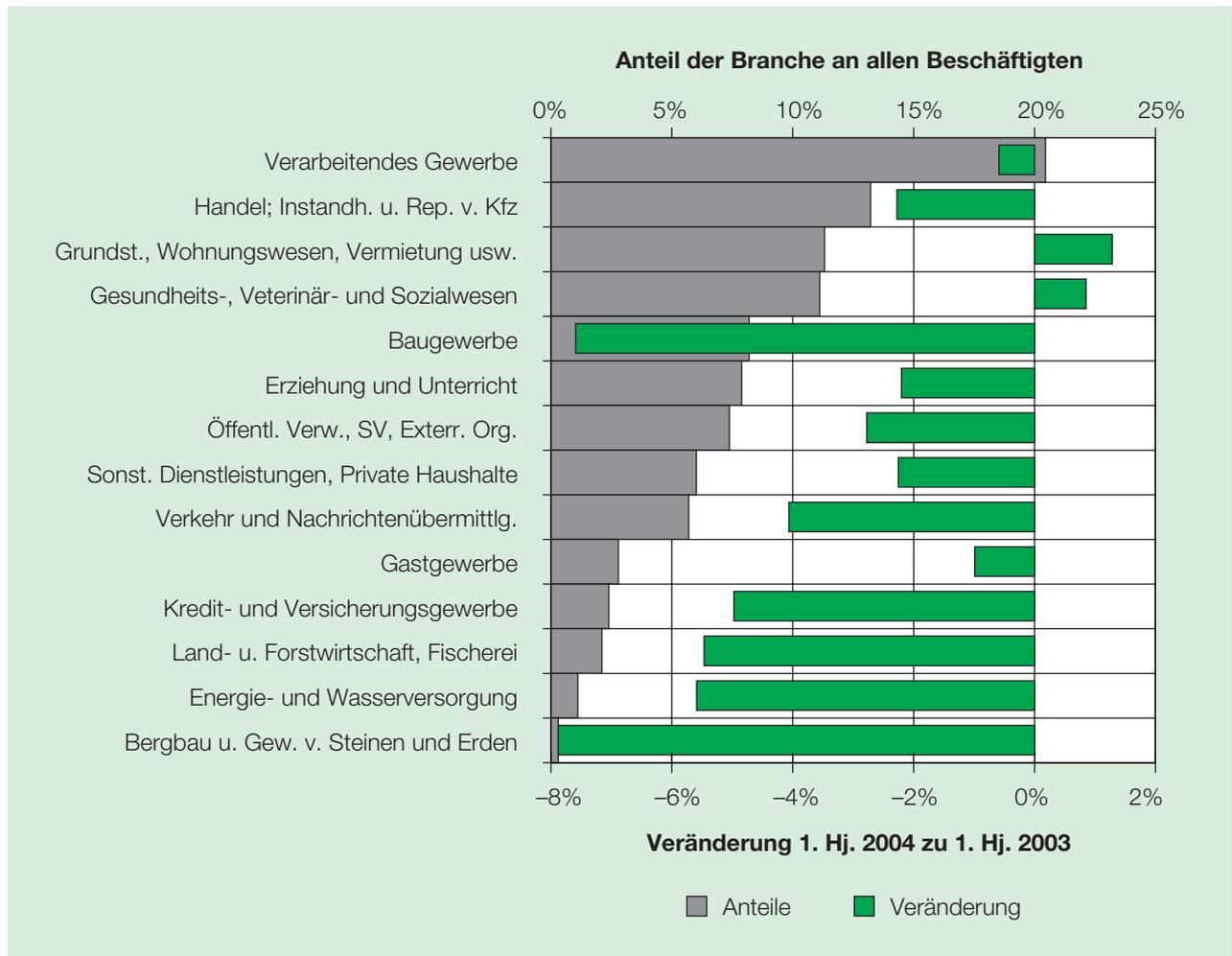
Die Beschäftigtenentwicklung gestaltete sich in den einzelnen Branchen in Sachsen unterschiedlich (vgl. Abb. 5). Bis auf die beiden Bereiche „Grundstücks- und Wohnungswesen“ und „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in allen anderen Branchen zurück. Am stärksten waren die Rückgänge im „Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden“ und im Baugewerbe mit jeweils knapp 8 % Rückgang im ersten Halbjahr 2004 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Beschäftigung im sächsischen verarbeitenden Gewerbe, in dem gut ein Fünftel aller SV-Beschäftigten Sachsens tätig sind, ging trotz gestiegener Wertschöpfung um 0,6 % zurück.

... und bei der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Sachsen und in Ostdeutschland 2004 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, während es in Westdeutschland zum dritten Mal in Folge zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit kam.

In Abbildung 6 wurde die saisonbereinigte Entwicklung der Arbeitslosigkeit (wie bereits bei der SV-Beschäftigung normiert auf den Durchschnitt des Jahres 2000) seit Juni 1999 dargestellt. Es wird deutlich, dass sich Sachsen und Ostdeutschland bis weit ins Jahr 2002 hinein fast identisch entwickelten. Seit September 2002 weisen beide Kurven zwar weiterhin den gleichen Verlauf auf, unterscheiden sich jedoch relativ konstant im Niveau.

Abbildung 5: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen nach Branchen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Im Dezember 2004 lag die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen in Sachsen ca. 5 % über dem Durchschnitt des Jahres 2000, in Ostdeutschland waren es 8 % und in Westdeutschland gut 20 %.

Deutliche regionale Unterschiede

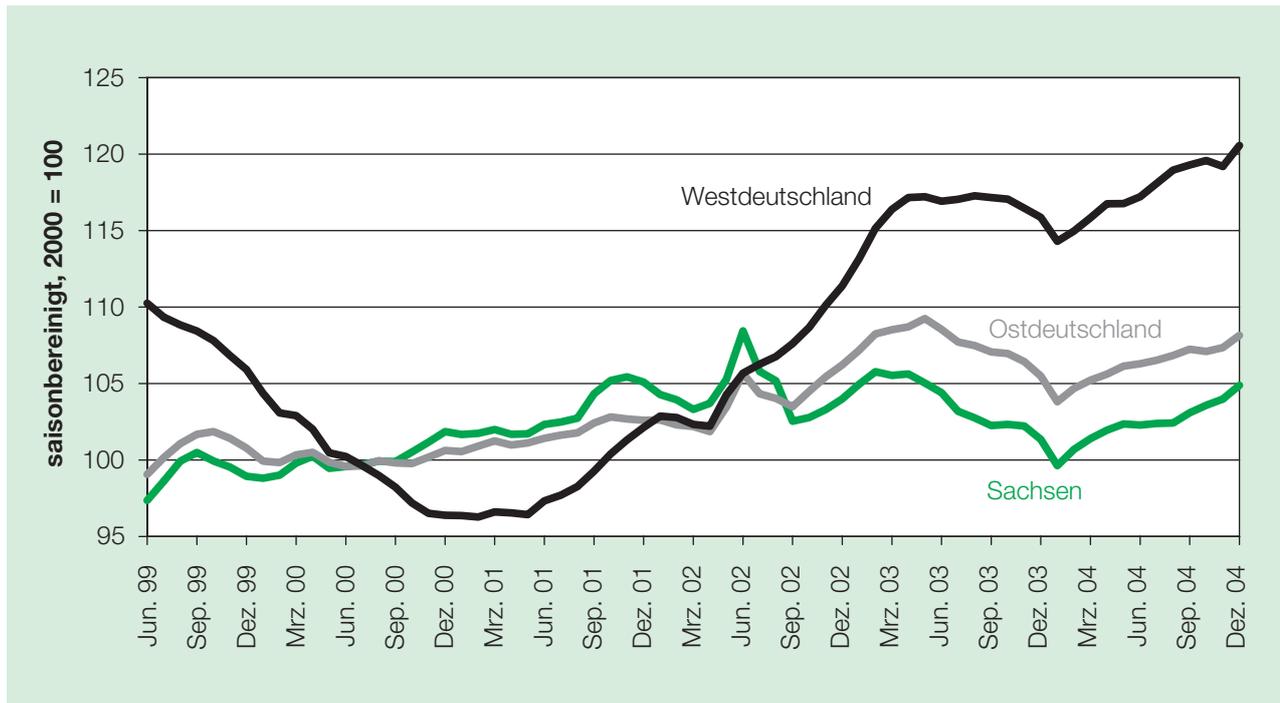
Die Lage am Arbeitsmarkt ist innerhalb Sachsens weiterhin sehr heterogen. In Tabelle 1 wurden vier ausgewählte Aspekte für die sächsischen Agenturbezirke dargestellt. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahresdurchschnitt – mit Ausnahme von Oschatz und Riesa – gesunken: am deutlichsten im Agenturbezirk Plauen mit 6,5 %.

Tabelle 1 zeigt des Weiteren die Zahl der Arbeitslosen als Anteil an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Auch hier bestehen große regionale Unterschiede: die Spannweite der regionalen Arbeitslosenquoten beträgt 7,8 Prozentpunkte. Während in Dresden die Arbeitslosen nur

15,4 % an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen ausmachten, lag die Arbeitslosenquote in Bautzen mit 23,2 % erneut am höchsten innerhalb Sachsens. Während sich die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr in den meisten Agenturbezirken kaum verändert hat, stieg sie in Oschatz und in Riesa mit 0,8 bzw. 0,6 Prozentpunkten merklich an.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen gilt als Indikator für den Grad der verfestigten Arbeitslosigkeit. Hier gilt: Je länger die Arbeitslosigkeit bereits andauert, desto mehr nehmen die Chancen einer Wiederbeschäftigung in der Tendenz ab. Der Langzeitarbeitslosenanteil ist – wie bereits im Vorjahr – in Bautzen am größten: Fast jeder zweite Arbeitslose ist bereits länger als ein Jahr arbeitslos. In Plauen hingegen liegt dieser Anteil bei weniger als 40 %. Eine Rolle spielt hier die geographische Nähe zu Bayern verbunden mit besseren Möglichkeiten für Tagespendler.

Abbildung 6: Arbeitslosigkeit (saisonbereinigte Werte, Jahresdurchschnitt 2000 = 100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit und Beschäftigung nach Regionen

Agenturen für Arbeit	Arbeitslose		Arbeitslosenquote	Langzeitarbeitslosigkeit		alle SV-Beschäftigte
	2004	Veränderung zu 2003	abhängige Erwerbspersonen 2004	Anteil an allen Arbeitslosen 2004	Veränderung zu 2003 (in %-Punkten)	Veränderung März 2004 zu März 2003
Annaberg-B.	30.858	-2,4%	20,7%	45,2%	5,3	-1,5%
Bautzen	68.066	-2,5%	23,2%	49,8%	1,7	-2,2%
Chemnitz	47.516	-1,9%	18,8%	45,9%	4,0	-2,1%
Dresden	41.723	-1,3%	15,4%	41,1%	2,3	-2,0%
Leipzig	73.218	-1,0%	20,6%	45,5%	2,9	-1,7%
Oschatz	28.998	1,7%	19,9%	43,9%	6,4	-1,3%
Pirna	22.145	-2,0%	17,3%	40,9%	2,2	-2,7%
Plauen	21.420	-6,5%	17,2%	38,6%	3,4	-1,5%
Riesa	21.281	1,0%	20,2%	44,7%	3,0	-3,7%
Zwickau	41.462	-2,2%	19,2%	46,8%	2,8	-1,7%
Sachsen	396.687	-1,7%	19,4%	45,1%	3,2	-2,0%

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Hinsichtlich der Beschäftigung gibt es – zumindest vom Trend her – keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Regionen. Die in der Tabelle 1 angegebenen Zahlen geben jedoch keinen Vergleich der Jahresdurchschnitte, sondern aufgrund der Datenverfügbarkeit einen Vergleich zwischen März 2004 und März 2003 wieder. Der Beschäftigtenabbau war im Agenturbezirk Riesa mit 3,7 % am größten.

Arbeitsmarktreformen

Nach der Einführung zahlreicher neuer arbeitsmarktpolitischer Elemente im Jahr 2003, wie beispielsweise Ich-AG, Mini-Jobs und PersonalServiceAgenturen, war das Jahr 2004 eindeutig geprägt von den Diskussionen um die Veränderungen infolge des Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, bekannt als „Hartz IV“.

Hartz IV bringt zwei wesentliche Neuerungen: Erstens verringern sich die Transferleistungen für die meisten bisherigen Arbeitslosenhilfebezieher; zweitens werden Arbeitseinkommen der Hilfebezieher künftig anders angerechnet. Das neu eingeführte Arbeitslosengeld II, dessen Höhe sich an der bisherigen Sozialhilfe orientiert, erhalten seit Januar 2005 sowohl erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger als auch Arbeitslosenhilfebezieher. Da sich die Arbeitslosenhilfe bislang am letzten Einkommen orientierte, kann es für Arbeitslosenhilfebezieher, die früher gut verdient haben, zu Transferkürzungen kommen.

Weitreichender sind die Veränderungen hinsichtlich der Zuverdienstregeln für die Bezieher von Arbeitslosengeld II. Am stärksten betroffen von den Änderungen sind erneut ehemalige Arbeitslosenhilfebezieher. Diese konnten bisher neben dem Bezug der Arbeitslosenhilfe bis zu 20 % ihrer monatlichen Arbeitslosenhilfe, mindestens aber 165 €, hinzuverdienen, ohne dass ihnen die Hilfe gekürzt wurde.

Fiel der Hinzuverdienst allerdings höher aus, wurden die staatlichen Leistungen um den Betrag des höheren Verdienstes gekürzt. Aus Sicht der Arbeitssuchenden ist das ein Steuersatz von 100%. Diese sog. Transferentzugsrate wurde für Einkommen zwischen 400 und 900 € immerhin von 100% auf 70% verringert. Für Hinzuverdienste von weniger als 400 € beziehungsweise solche zwischen 900 und 1.500 € sinkt der Satz auf 85 %.

Da jedoch auch Sozialversicherungsabgaben und Lohnsteuer zu zahlen sind, verringern sich diese Beträge

wieder. In der Regel dürfen Arbeitslosengeld-II-Bezieher von jedem zusätzlichen Euro, den sie brutto verdienen, nicht mehr als 20 Cent, meist sogar nur 9 bis 15 Cent, behalten. Zwar wird mit Hartz IV die Transferentzugsrate von 100 %, die bislang über weite Einkommensbereiche bei der Sozialhilfe vorzufinden war, vermieden¹¹ und auch die so genannte Sozialhilfefalle abgebaut, die Arbeitsanreize haben sich allerdings nicht stark verändert.

Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte entstehen nur bei sinkenden Löhnen. Aber selbst wenn die Löhne sinken, entstünde nur dann eine höhere Beschäftigung, wenn die Aufnahme einer niedrig entlohnten Beschäftigung für den einzelnen Bürger im Vergleich zur Nicht-Arbeit wieder attraktiver wird. Hartz IV ist ein Schritt in diese Richtung. Allerdings lässt sich allein durch die Reform das Ziel noch nicht in befriedigendem Maße erreichen, mehr Geringqualifizierte in Arbeit zu bringen. Dazu sind die Hinzuverdienstmöglichkeiten bei niedrigen Einkommen noch immer zu gering. Langfristig führt daher kein Weg daran vorbei, die Transferleistungen für Nicht-Arbeit noch weiter abzusinken und dafür in den unteren Einkommensbereichen Zuschüsse zum Arbeitseinkommen zu zahlen, wie es der vom ifo Institut formulierte Reformvorschlag vorsieht.¹²

Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands und Sachsens 2005

Abschließend soll ein Ausblick auf die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 2005 gegeben werden. Aufbauend auf der Prognose des ifo Instituts für Gesamtdeutschland, die im Beitrag von NIERHAUS in diesem Heft zusammenfassend dargestellt ist, wird im Folgenden eine Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung der ostdeutschen und der sächsischen Wirtschaft vorgestellt. Die Eckdaten der Prognose des ifo Instituts sind in Tabelle 2 zusammengefasst.¹³

¹¹ Bei Erwerbseinkommen von mehr als 1.500 € gilt jedoch weiterhin der 100%-Transferentzug.

¹² Vgl. SINN et al. (2002) sowie SINN (2004, insb. Kapitel 4).

¹³ Die Prognose stammt vom 22. 12. 2004.

Box 1: Prognoseverfahren

Bei der Prognose der ostdeutschen und der sächsischen Wirtschaftsentwicklung ist den folgenden Besonderheiten Rechnung zu tragen:

- Für die ostdeutschen Bundesländer stehen erst ab 1991 zuverlässige makroökonomische Eckdaten zur Verfügung.
- Aufgrund der starken Friktionen in Folge des Transformationsprozesses sind insbesondere die ersten Jahre der ostdeutschen Entwicklung von starker Volatilität geprägt gewesen. Die Zahl der zur Konjunkturprognose verwendbaren Datenpunkte verringert sich hierdurch zusätzlich.
- Viele Zeitreihen stehen nicht oder nur in geringerer Frequenz zur Verfügung als für Gesamtdeutschland.

Vor dem Hintergrund dieser Probleme, wird zur Prognose des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der ostdeutschen Bundesländer ein dreistufiges Verfahren angewendet. Die Prognose des sächsischen BIP erfolgt analog zur Prognose des ostdeutschen BIP.

In einem ersten Schritt wird das BIP Ostdeutschlands für die Jahre 2004 und 2005 mit Hilfe eines sog. „VGR-Modells“ geschätzt. Hierzu wird zunächst die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl und der Produktivität mit einem mehrjährigen Trend fortgeschrieben. Anschließend wird mit diesen Größen die erwartete zukünftige Bruttowertschöpfung ermittelt. Auch die unterstellten Bankgebühren und die Differenzen aus Gütersteuern und Gütersubventionen werden mittels eines mehrjährigen Trends bestimmt und fließen dann in die Berechnung des erwarteten Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland ein. Als Ergebnis erhalten wir eine sog. „Trendprognose“.

In einem zweiten Schritt werden dann die Ergebnisse aus dem grundlegenden VGR-Modell mit Hilfe von sog. „ökonometrischen Satellitenmodellen“ verfeinert. Wir verfolgen hierbei eine Zwei-Säulen-Strategie: Zum einen werden Satellitenmodelle verwendet, um direkt Prognosen für die Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche zu generieren. Derzeit existieren Satellitenmodelle zur Prognose der Bruttowertschöpfung für das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe (ohne Ausbaugewerbe) sowie den Handel. Diese Bruttowertschöpfungsprognosen werden dann in das grundlegende VGR-Modell eingearbeitet. Zum anderen werden mit Hilfe von weiteren Satellitenmodellen Beschäftigungsprognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche erstellt. Über die Fortschreibung der Produktivitätsentwicklung aus der Vergangenheit lassen sich dann weitere Prognosen der Bruttowertschöpfung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche generieren. Satellitenmodelle für die Beschäftigtenprognose existieren derzeit ebenfalls für das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und den Handel. Auch diese werden in den grundlegenden VGR-Modellrahmen eingearbeitet. Im Ergebnis erhalten wir zwei sog. „erweiterte Trendprognosen“ für das Bruttoinlandsprodukt.

In einem dritten und abschließenden Schritt wird aus den beiden erweiterten Trendprognosen unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie in der ifo Konjunkturprognose für Gesamtdeutschland zum Ausdruck kommen, zusätzlicher Informationen (z. B. über die Ansiedlung von neuen Betrieben, den Folgen der Flutkatastrophe etc.) und subjektiver Einschätzungen eine „Konsensprognose“ für die voraussichtliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigung entwickelt.

Prognose für Ostdeutschland

Nach drei Jahren Stagnation hat die Wirtschaftsleistung der ostdeutschen Bundesländer (einschließlich Berlin) wieder spürbar zugenommen. Hochrechnungen des ifo Instituts haben für das gerade abgeschlossene Jahr **2004** einen Anstieg des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,6 % ergeben (vgl. Abb. 7). Dieses Wachstum wurde insbesondere durch die anhaltend positive Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe (Anstieg der Bruttowertschöpfung um voraussichtlich 7,0 %) getragen. Wäre der Anstieg in diesem Bereich nicht durch die

offenbar wieder stark rückläufige Bruttowertschöpfung im Baugewerbe (-8,3 %) konterkariert worden, so wäre ein deutlich stärkeres Wachstum möglich gewesen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Jahr 2004 voraussichtlich nochmals gesunken. Der Rückgang dürfte mit -0,1 % allerdings wesentlich moderater ausgefallen sein als in den Vorjahren.

Für das Jahr **2005** rechnet das ifo Institut mit einer Zunahme des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts um 1,1 %. Es wird damit schwächer ausfallen als noch 2004 und zudem leicht hinter dem Wachstum Gesamtdeutschlands

Tabelle 2: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen

	Ostdeutschland (mit Berlin)		Sachsen	
	2004	2005	2004	2005
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,6%	1,1%	1,7%	1,4%
Reale Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	2,0%	1,5%	2,1%	1,8%
Reale Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes	7,0%	6,2%	7,1%	6,6%
Reale Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	-8,3%	-10,1%	-6,9%	-9,3%
Reale Bruttowertschöpfung des Handels	-0,7%	-0,8%	-4,5%	-2,9%
Erwerbstätige	-0,1%	-0,6%	-0,3%	-0,7%

Anmerkung: Alle Angaben basieren auf den Preisen des Jahres 1995. Die Prognosen des verarbeitenden Gewerbes beziehen sich auf die Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes einschließlich der Bereiche Berbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

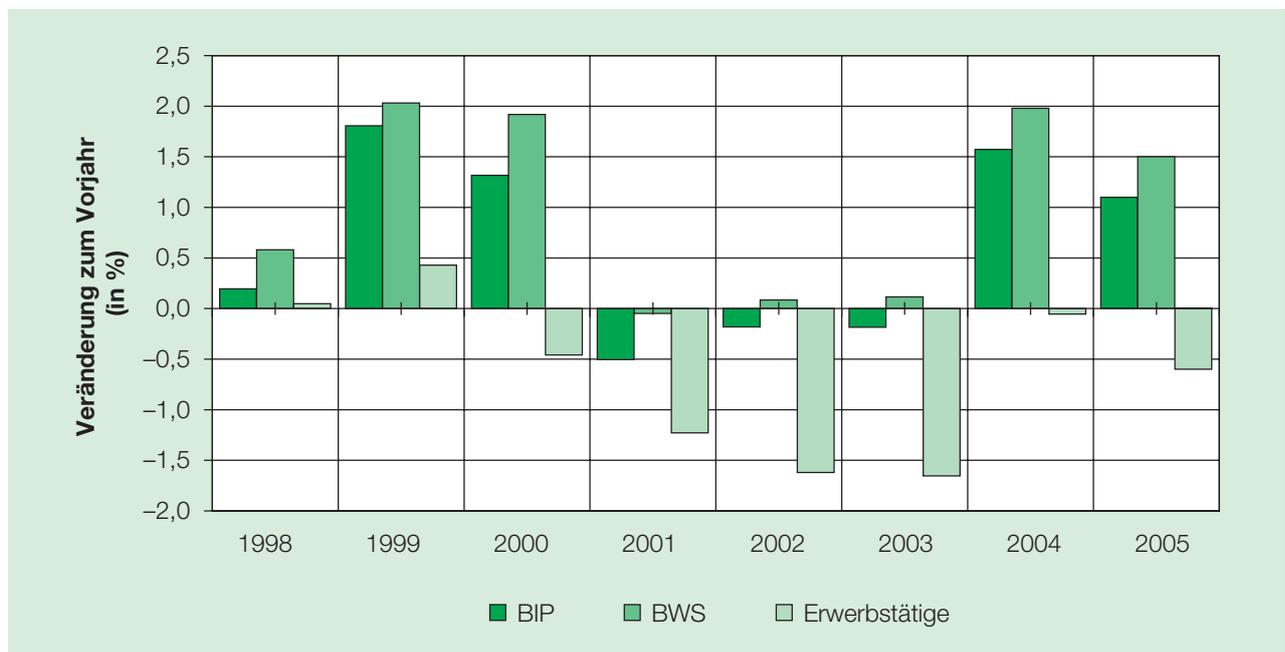
Quellen: Hochrechnungen und Prognosen des ifo Instituts.

(1,2%) zurückbleiben. Im Baugewerbe und im Handel dürfte sich die Situation nochmals verschlechtern. Das verarbeitende Gewerbe wächst mit voraussichtlich 6,2% weiterhin deutlich, wenn auch wegen des hohen Euro-Wechselkurses und des hohen Ölpreises etwas schwächer als noch 2004. Die Zahl der Erwerbstätigen wird der Prognose zu Folge 2005 noch einmal leicht um etwa 0,6% abnehmen.

Prognose für den Freistaat Sachsen

Im Jahr 2003 wies Sachsen mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,2% das höchste Wachstum unter allen deutschen Bundesländern auf. Wie bereits eingangs dieses Artikels erläutert dürfte die Wirtschaft Sachsens auch im Jahr 2004 merklich gewachsen sein (+1,7%). Im Jahr 2005 dürfte sich das Wirtschafts-

Abbildung 7: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), der realen Bruttowertschöpfung (BWS) und der Zahl der Erwerbstätigen Ostdeutschlands



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2004 und 2005: Prognose des ifo Instituts.

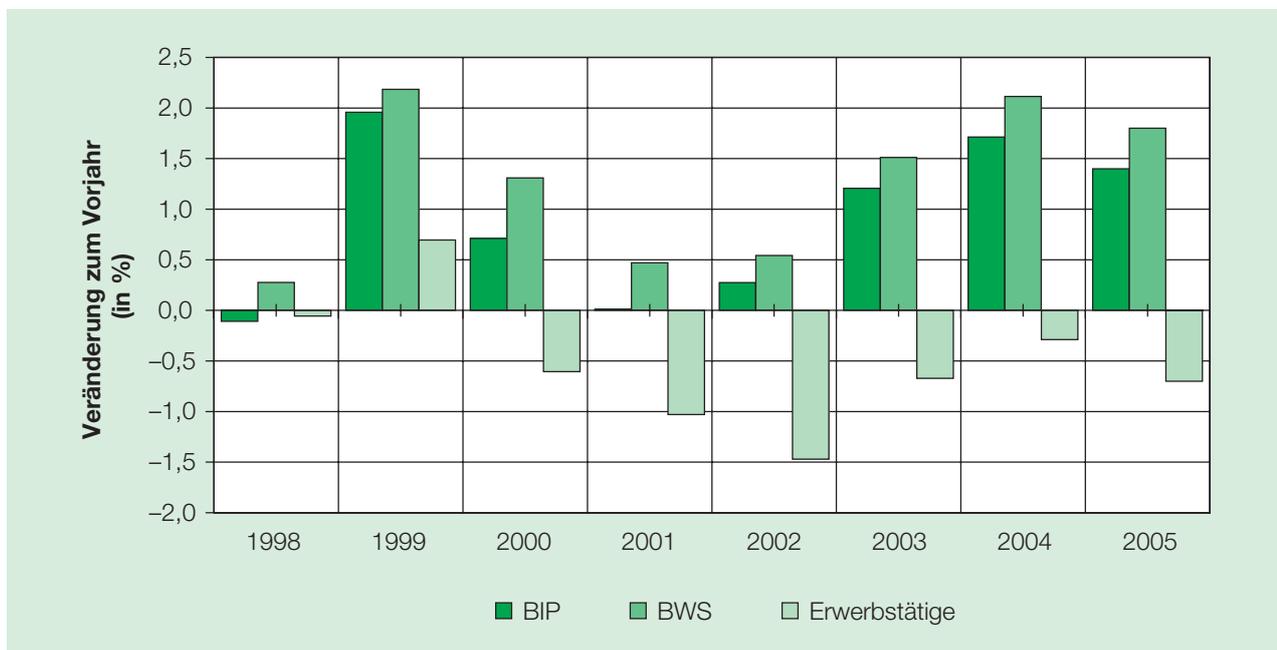
wachstum zwar ebenso wie in Gesamt- und Ostdeutschland etwas abschwächen, aber mit dann 1,4 % deutlich über dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer liegen (vgl. Abb. 8). Die positive Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe wird voraussichtlich fast unvermindert anhalten (+6,6 %), wozu nicht zuletzt auch neue Industrieansiedlungen beitragen. Das Geschäft im sächsischen Handel wird zwar auch 2005 noch rückläufig sein, mit -2,9 % jedoch deutlich moderater ausfallen als noch im Vorjahr. Nach dem Auslaufen der Flut-Sonderkonjunktur dürfte die Strukturanpassung des Baugewerbes die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hingegen wieder stärker belasten (-9,3 %).

Die Zahl der Erwerbstätigen wird insgesamt vermutlich nochmals um 0,7 % abnehmen. Auf den ersten Blick erscheint die Tatsache, dass die für 2005 erwartete Beschäftigungsentwicklung in Sachsen negativer ausfällt als im ostdeutschen Durchschnitt, paradox zu sein, da die Wachstumsprognose für Sachsen doch um immerhin 0,3 Prozentpunkte oberhalb der Ostdeutschlands liegt. Der Grund ist darin zu sehen, dass der arbeitsintensive Handel in Sachsen deutlich stärker schrumpft als der ostdeutsche Handel insgesamt.

Literatur

- AMD SAXONY (Hrsg.) (2005): AMD in Dresden, <http://www.amd-jobs.de/de/unternehmen/amddresden.php> (abgerufen am 20.01.05).
- BMW WERK LEIPZIG (Hrsg.) (2005): Zeitplan – Schritte bis zur Serienproduktion, <http://www.bmw-werk-leipzig.de> (abgerufen am 24.01.05).
- SINN, H.-W. et al. (2002): Aktivierende Sozialhilfe – Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum, ifo Schnelldienst 9/2002, München.
- SINN, H.-W. (2004): Ist Deutschland noch zu retten?, Berlin.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2004a): Statistische Berichte, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Freistaat Sachsen, September 2004.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2004b): Statistische Berichte, Baugewerbe im Freistaat Sachsen, Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau, September 2004.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2004c): Statistische Berichte, Binnenhandel und Gastgewerbe im Freistaat Sachsen, September 2004.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2005): 1,92 Millionen Erwerbstätige in Sachsen 2004, Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen Nr. 17/2005 zum 20. Januar 2005.

Abbildung 8: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP), der realen Bruttowertschöpfung (BWS) und der Zahl der Erwerbstätigen Sachsens



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, 2004 und 2005: Prognose des ifo Instituts.

Deutschlandprognose 2005: Weiter aufwärts ohne Schwung¹

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus²

Überblick: Konjunktur verliert weltweit an Fahrt

Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben sich die Wachstumsperspektiven für die Weltwirtschaft in bemerkenswerter Weise verbessert. Gründe dafür sind zum einen die Integration der ehemaligen Ostblockländer sowie vieler Schwellenländer, vor allem China, in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, die das Wachstumspotenzial in diesen Ländern gewaltig erhöht hat. Zum anderen haben neue technologische Entwicklungen auf dem Sektor der Informationstechnologie (IT) neue Produktivitäts- und Wachstumspotenziale erschlossen. Die Auswirkungen auf die einzelnen Länder und Weltregionen sind jedoch sehr unterschiedlich. Beide Faktoren sind mit einem hohen strukturellen Anpassungsprozess auch in den Industrieländern verbunden. Inwieweit es gelingt, daran zu partizipieren, hängt entscheidend von der Flexibilität der einzelnen Volkswirtschaften ab, insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt.

Die Weltwirtschaft hat im vergangenen Jahr, zusätzlich getrieben von einer sehr expansiven Geld- und Fiskalpolitik in den **USA**, das höchste Wachstumstempo seit fast drei Jahrzehnten erreicht. Seit Mitte 2004 hat die Weltkonjunktur allerdings nun wieder etwas an Fahrt eingebüßt. Nach den Ergebnissen des ifo World Economic Survey (WES) ist das Weltwirtschaftsklima im IV. Quartal deutlich gesunken, es liegt aber immer noch über dem langjährigen Durchschnitt. In den USA hat sich die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2004 nur wenig abgeschwächt. Zwar ebnete der massive finanzpolitische Stimulus ab. Auch hat sich der Preisaufrtrieb infolge der Verteuerung von Energieträgern zuletzt merklich beschleunigt (+3,5 % im Vorjahresvergleich). Die monetären Rahmenbedingungen sind allerdings immer noch sehr günstig, obwohl die Fed die Federal Funds Rate seit Juni schrittweise um 125 Basispunkte auf 2,25 % angehoben hat. Im III. Quartal betrug das Wachstum der US-Wirtschaft im Vergleich zum Vorquartal 4,0 % (laufende Jahresrate), bei negativem Realzins nach wie vor getragen vom privaten Konsum und dem Export. In **Japan** hat sich dagegen die Konjunktur im Sommerhalbjahr 2004 deutlich abgekühlt, die gesamtwirtschaftliche Produktion war zuletzt nur unwesentlich höher als ein Quartal zuvor (0,2 % laufende Jahresrate). Die inländische Verwendung expandierte sehr verhalten, der Exportüberschuss nahm sogar ab. In der **Europäischen Währungsunion** (EWU)

verringerte sich das Expansionstempo ebenfalls; der hohe Ölpreis und die Euroaufwertung fordern inzwischen ihren Tribut. Zugpferd war weiterhin die Auslandsnachfrage, die sich trotz der kräftigen neuerlichen Aufwertung des Euro behauptete. Die bislang stagnierende Investitionstätigkeit zog erstmals etwas an, der private Konsum blieb allerdings schwach. Die Arbeitslosigkeit nahm bis zuletzt saisonbereinigt zu, die Arbeitslosenquote betrug im November 2004 unverändert 8,9 %.

Auch in Deutschland verlangsamte sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2004; im Jahresdurchschnitt stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts um 1,7 %. Da $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt dieser Mehrproduktion auf eine überdurchschnittlich große Zahl an Arbeitstagen zurückzuführen ist, wird die konjunkturelle Grundtendenz besser von der Veränderung der kalenderbereinigten Produktion wiedergegeben, die bei nur 1,1 % liegt. Ausschlaggebend für das Ergebnis war der kräftige Anstieg der Exporte, der den Importzuwachs deutlich übertraf. Die daraus resultierende Zunahme des Außenbeitrags trug zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts allein 1,2 Prozentpunkte bei. Die inländische Verwendung nahm dagegen vergleichsweise schwach zu, ihr Wachstumsimpuls lag nur bei 0,5 Prozentpunkten. Dabei haben sich die staatlichen Konsumausgaben etwas erhöht (0,4 %), während die privaten Konsumausgaben bei erneut steigender Sparquote leicht rückläufig (-0,3 %) waren. Die Bruttoanlageinvestitionen lagen erneut unter Vorjahresniveau, allerdings war der Rückgang mit 0,7 % deutlich geringer als in den drei vorangegangenen Jahren. Der Vorratsabbau fiel ebenfalls geringer aus als im Vorjahr und trug damit per saldo positiv zur Entwicklung der inländischen Verwendung bei.

Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Lage desolat. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen nach revidierten Berechnungen des Statistischen Bundesamts seit Jahresanfang 2004 leicht gestiegen. Doch handelte es sich hierbei primär um eine Ausweitung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (Mini-Jobs) sowie zusätzlichen Ich-AGs.

¹ Überarbeitete und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2004. Vgl. G. FLAIG et al.; ifo Konjunkturprognose 2005: Abhängt von der Weltkonjunktur, in: ifo Schnelldienst 24/2004; S. 15–53.

² Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war saisonbereinigt dagegen bis zuletzt rückläufig. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Laufe des Jahres 2003 bis einschließlich Januar 2004 als Folge von Änderungen in der statistischen Erfassung und verschärften Anforderungen an die Verfügbarkeit im amtlichen Rechenwerk um etwa 230.000 Personen gesunken war, hat seither wieder deutlich zugenommen. Im Jahresdurchschnitt 2004 belief sie sich auf 4,38 Mill., die Arbeitslosenquote betrug 10,3%. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich im abgelaufenen Jahr wieder erhöht. Seit Mai 2004 pendelte die Inflationsrate um die 2-Prozentmarke, im Dezember 2003 hatte sie noch bei 1% gelegen. Maßgeblich für den Preissprung waren die starke Verteuerung von Energieträgern, kräftige Preisanhebungen für Gesundheitsdienstleistungen im Zuge der Gesundheitsreform und die zweimalige Erhöhung der Tabaksteuer.

Ausblick 2005

Weltwirtschaft: Zunächst weiter abgeschwächtes Wachstum

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird im Jahr 2005 ganz wesentlich davon bestimmt, wie sich die Rohöl- und Rohstoffpreise sowie der Wechselkurs des Dollar entwickeln, und wie die Geld- und Finanzpolitik in den großen Weltregionen ausgerichtet sein wird. Der Ölpreis dürfte bei ausreichendem Angebot tendenziell im Zuge der bis weit in das Jahr hineinreichenden Verlangsamung des Aufschwungs weiter sinken. Hier wird im Jahresdurchschnitt 2005 ein Rohölpreis von 37 \$ pro Barrel – bezogen auf den Composite Index – angenommen, nach etwa 38 \$ im Jahre 2004.

Ein erhebliches Risiko für die internationale Wirtschaftsentwicklung bildet der Wechselkurs des US-Dollar. Vor allem gegenüber den westeuropäischen Währungen hat er ein für den Export bedrohliches Tief erreicht. Entscheidend ist, ob Japan und die ostasiatischen Schwellenländer fortfahren, die amerikanische Valuta zur Förderung ihrer Exporte zu stützen und ihre Dollarguthaben weiter zu erhöhen. Geschieht das nicht und entschließen sich die an den Dollar gebundenen ostasiatischen Währungen nicht zu einer Aufwertung – China lässt trotz Drängens ausländischer Regierungen hierfür derzeit noch keine Neigung erkennen –, dann käme der Dollarkurs und mit ihm die weltwirtschaftliche Entwicklung in erhebliche Turbulenzen. Aber auch die amerikanische Finanzpolitik und damit die Konjunktur in den USA geriete wegen der bei Null liegenden Sparquote der privaten Haushalte in eine

Krise, da die Finanzierung des bei 4 bis 4½ % des BIP liegenden Haushaltsdefizits dann nicht mehr wesentlich durch die Käufe von Bonds durch ostasiatische Zentralbanken erfolgen kann. Interventionen zur Stützung des Dollarkurses haben vermutlich den größten Erfolg, wenn sie im internationalen Verbund unter Mitwirkung der US-Regierung durchgeführt werden. Hier wird angenommen, dass der Wechselkurs des Dollar im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 1,33 \$ je € liegen wird, was gegenüber einem Kurs von 1,24 im Jahr 2004 und 1,13 im Jahr 2003 nochmals eine Aufwertung bedeutet.

Von der Geld- und Finanzpolitik wird die Weltwirtschaft weniger als bisher stimuliert. So lässt die expansive Wirkung der Geldpolitik allmählich nach, zumal in den USA der Leitzins weiter erhöht wird. In China sind allerdings kaum weitere monetäre Restriktionen zu erwarten. Die Finanzpolitik der westlichen Industrieländer wird etwa konjunkturneutral wirken.

Alles in allem wird die Weltkonjunktur im laufenden Jahr deutlich aufwärts gerichtet bleiben. Bei schwächer werdenden wirtschaftspolitischen Anstößen und dem Durchwirken der zurückliegenden Verteuerung von Erdöl und Industrierohstoffen verliert sie allerdings, und das gilt wiederum annähernd simultan für alle großen Regionen, bis über die Jahresmitte hinaus allmählich weiter an Dynamik. Hierauf lässt auch der vom ifo Institut erhobene World Economic Survey schließen. Anschließend machen sich die Wirkungen der Energie- und Rohstoffverbilligung zunehmend stimulierend bemerkbar, da sinkende Teuerungsraten steigende Reallöhne und damit eine Stützung des privaten Konsums bedeuten. Die Investitionen werden weiter von den immer noch niedrigen Zinsen und der im Allgemeinen günstigen Ertragslage stimuliert sowie von der Notwendigkeit, auf den härter werdenden internationalen Wettbewerb mit Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen zu reagieren und auch in Produktinnovationen zu investieren. Im weiteren Verlauf des zweiten Halbjahrs dürfte die Weltkonjunktur wieder anziehen, wiederum maßgeblich angeregt durch die Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2005 vermutlich um 4,3 % expandieren.

In den westlichen Industrieländern ist in diesem Jahr mit einer Veränderungsrate von 2¼ %, in den USA von 3 %, im Euroraum von 1½ % und in Japan von 1¼ % zu rechnen. Der Preisauftrieb wird im Laufe des Jahres schwächer. Auch erschwert der schärfere Konkurrenzkampf eine Ausweitung der Gewinnmargen. Doch bilden sich die Inflationsraten im Jahresdurchschnitt wegen des Anfang 2005 bestehenden Überhangs gegenüber 2004 im

Allgemein nur wenig zurück. Der Welthandel nimmt in einer Größenordnung von $7\frac{1}{2}\%$ zu, nach ungefähr 10% im abgelaufenen Jahr.

Deutschland

Das deutsche Exporträtsel – Zur Schwäche der Binnenkonjunktur

Die deutsche Konjunktur zeigt sich am Jahresanfang 2005 weiterhin labil. An dem geradezu dramatischen Boom der Weltwirtschaft, der alles in den Schatten stellt, was während des letzten Vierteljahrhunderts beobachtet werden konnte, hat die deutsche Wirtschaft noch immer nicht wirklich Anteil. Es gibt zwar einen Aufschwung, doch ist er angesichts der hohen Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft enttäuschend schwach. Deutschland ist von der Weltkonjunktur entkoppelt und liegt nach wie vor beim Wachstum unter dem Durchschnitt der alten EU-Länder.

Könnte man das geringe Wachstum der Jahre 2001 bis 2003 noch auf einen weltwirtschaftlichen Nachfrage-mangel schieben, scheidet diese Erklärung heute aus. Das fünfprozentige Rekordwachstum der Weltwirtschaft wird sogar noch von dem Wachstum der deutschen Exporte übertroffen ($+8,2\%$). Da Deutschland sich auf die Produktion von Investitions- und Vorleistungsgütern spezialisiert hat, profitiert die deutsche Konjunktur von dem Umstand, dass die Industrieproduktion und die Investitionen der Welt noch schneller wachsen als das Weltsozialprodukt. Das enorme Exportwachstum scheint nicht zu dem geringen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts zu passen, denn es bedeutet wegen der Exportquote von gut 37% für sich genommen bereits einen Wachstumsbeitrag von $3,1$ Prozentpunkten beim realen Bruttoinlandsprodukt. Es ist für viele ein Rätsel, warum dieser Nachfrageschub nicht zu mehr Wachstum geführt hat.

Ein Teil der Lösung des Rätsels liegt im starken Anstieg der Importe von mehr als $5\frac{1}{2}\%$, der gleichzeitig stattfand. Dieses Wachstum wird zum einen durch die internationale Spezialisierung bei der Produktion von Endprodukten erklärt, die zwangsläufig mit der Globalisierung einhergeht und im Durchschnitt der Länder Ex- und Importe wesentlich schneller wachsen lässt als das Weltsozialprodukt. So richtet sich wegen dieses Effektes ein ständig wachsender Anteil der deutschen Nachfrage nach Endprodukten auf Importgüter. Diese Nachfrage geht der heimischen Wirtschaft verloren. Zum anderen führt die Mehrnachfrage nach Exportgütern zu zusätzlichen Importen von Zwischenprodukten, die bei der Produktion in

Deutschland benötigt werden, sowie zu Importen von Handelswaren, die direkt exportiert werden. Der Sachverständigenrat hat, gestützt auf Zahlen des Statistischen Bundesamts, in seinem neuesten Jahresgutachten den Anteil dieser direkt mit den Exporten verbundenen Importe für das Jahr 2004 wertmäßig auf 40% geschätzt.³ Zugleich hat er festgestellt, dass dieser Anteil im Laufe der Zeit erheblich gewachsen ist. Das ifo Institut, das diesen Effekt zuvor bereits für die Klasse der Industriegüter festgestellt hatte, hat dafür den Namen Basar-Effekt geprägt.⁴

Aber der Basar-Effekt und der Spezialisierungseffekt sind nur ein Teil der Erklärung dafür, dass der ausländische Nachfrageimpuls sich konjunkturell nur wenig in Deutschland ausgewirkt hat. Es kommt hinzu, dass im Jahr 2004 weder die private Investitionsnachfrage noch die private Konsumnachfrage irgendwelche Wachstumsimpulse geliefert haben. Dass dennoch insgesamt ein Wachstum von $1,7\%$ herauskam, lag im Wesentlichen an einer starken Zunahme der Lagerinvestitionen. Der Wachstumsbeitrag der Lagerinvestitionen bezüglich des realen Bruttoinlandsprodukts liegt für sich genommen bereits bei $0,7$ Prozentpunkten.

Es gibt unterschiedliche Hypothesen dafür, warum die Binnennachfrage so schwach war. Eine populäre Hypothese führt dies auf den schwachen Konsum infolge der nur schwachen Lohnentwicklung des Jahres 2004 zurück. In der Tat stiegen die realen Nettolöhne je Arbeitnehmer nur um $0,2\%$. Diese Hypothese hält das ifo Institut aber schon deshalb nicht für überzeugend, weil sie nicht erklärt, wieso der reale Konsum fiel, während der durchschnittliche Nettoeinkommen, wenn auch nicht kräftig, zunahm.

Vor allem aber lässt sie unberücksichtigt, dass die Sparquote seit einigen Jahren ständig gestiegen ist, was durch die wachsende Zukunftsangst der deutschen Arbeitnehmer erklärt werden kann. Die Angst hat viele Ursachen. Das Spektrum reicht von der Erkenntnis wachsender Finanzierungsprobleme des Staates über den daraus resultierenden Sozialabbau bis hin zur Häufung von Negativmeldungen über die Schließung und Verlagerung von Betrieben und den damit einhergehenden Verlust des Arbeitsplatzes. Die Angst veranlasst die Konsumenten, den Kauf langlebiger Konsumgüter

³ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Erfolge im Ausland- Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05, November 2004.*

⁴ Vgl. H.-W. Sinn, *Basarökonomie, Ifo Standpunkt Nr. 50, 2003. Auch erschienen als „4,5 Millionen Verlierer“, Die Zeit, 22. 12. 2003, S. 28, sowie R. HILD, Produktion, Wertschöpfung und Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe, in: ifo Schelldienst 7, 2004.*

zurückzustellen und sich auf das Nötigste zu beschränken. Sie dominiert vermutlich den bloßen Einkommenseffekt auf den Konsum.

Eine zurückhaltende Lohnpolitik kann für diese Angst nicht verantwortlich gemacht werden, im Gegenteil. Es ist ein Faktum, dass die Lohnpolitik der vergangenen Jahrzehnte deutlich über die Entwicklung der Vollbeschäftigungsproduktivität hinausging und die auf diese Weise selbst erzeugte „Entlassungsproduktivität“ zum Maßstab weiterer Lohnerhöhungen genommen hat.⁵ Auch die üblichen Lohnstückkostenberechnungen kranken an diesem Fehler; sie blenden die Nullproduktivität der Entlassenen aus der Berechnungsgrundlage aus und verdunkeln auf diese Weise den Blick auf die Fakten. Wenn die in diesem Sinne ausufernden Lohnsteigerungen der Vergangenheit die Arbeitslosigkeit und die Finanzierungsprobleme des Staates verursacht haben, sind sie es, die heute die Angst der Menschen und ihre Konsumschwäche maßgeblich erklären. So gesehen, kann man den Versuch, den Fehler der Vergangenheit rückgängig zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeitnehmer durch Lohnzurückhaltung zu steigern, schwerlich als Erklärung der Konsumschwäche ins Feld führen. Im Gegenteil: würden die Gewerkschaften wieder zu einer aggressiven Lohnpolitik zurückkehren, müsste man befürchten, dass die Forcierung der Entlassungen, die dies provozieren würde, das Konsumklima nur noch stärker beeinträchtigen würde, ungeachtet der positiven Einkommenseffekte, die eine solche Politik kurzfristig vielleicht hätte.

Im Übrigen würde eine aggressive Lohnpolitik der Gewerkschaften die Binnennachfrage auch deshalb beeinträchtigen, weil sie die Investitionsneigung verringern würde. Investitionen sind genau so und im gleichen Sinne Binnennachfrage, wie privater Konsum es ist. Sie hängen von Gewinnerwartungen ab, und Gewinnerwartungen werden durch hohe Lohnforderungen zerstört. Selbst wenn Lohnerhöhungen in der heutigen Zeit noch einen positiven Effekt auf den privaten Konsum ausüben würden, so wäre doch völlig unklar, ob dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vergrößert werden könnte. Angesichts der hohen Sensitivität der unternehmerischen Gewinnerwartungen ist zu erwarten, dass die Investitionen stärker reagieren würden und auch in diesem Fall per saldo ein Nachfrageverlust entstünde.

Die Schwäche der Investitionen ist das eigentliche Problem in dieser konjunkturellen Phase, nicht die Schwäche des Konsums. Frühere Expansionsphasen der Weltwirtschaft übertrugen sich üblicherweise mit nur geringer Verzögerung in die inländische Investitionsgüternachfrage,

und der Konsum folgte nach. Im Gefolge verzeichnete man damals Wachstumsraten der Ausrüstungsinvestitionen bis zu 10 % und selbst das Gesamtaggregate der Bruttoanlageinvestitionen einschließlich der Bauinvestitionen stieg um die 6 %. Dass der gegenwärtige Boom der Weltwirtschaft die deutschen Investitionen nicht mitzieht, ist in historischer Perspektive ein ungewöhnliches Ereignis.

Der Attentismus der Investoren ist großenteils auf die Niedriglohnkonkurrenz zurückzuführen, die sich in Osteuropa, China und anderswo etabliert hat. Riesige Massen williger Arbeitnehmer konkurrieren mit den deutschen Arbeitnehmern um das Kapital, das früher durch den Eisernen Vorhang daran gehindert wurde, sich über die Welt zu verbreiten. Sie bieten den Investoren trotz aller Standortnachteile in vielen Fällen die ertragreichere Investitionsalternative und veranlassen sie, zumindest darüber nachzudenken, ob sie die Weltnachfrage nach den eigenen Produkten wirklich von Deutschland aus befriedigen sollen.

Die deutschen Unternehmen reagieren auf die Lohndifferenzen zunehmend durch die Verlagerung arbeitsintensiver Teile ihrer Produktionsketten in Niedriglohnländer. Outsourcing und Offshoring ermöglichen ihnen eine Mischkalkulation bei den Löhnen, die sie in die Lage versetzt, ihren Konkurrenten aus Asien und anderen Teilen der Welt die Stirn zu bieten. Sie verringern die Fertigungstiefe in Deutschland zugunsten einer Produktion in Niedriglohnländern und exportieren nach wie vor auf dem Wege über dieses Land. Weil sie einen Weg gefunden haben, sich vor dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeitnehmer zu schützen, bleiben sie selbst wettbewerbsfähig und exportstark. Aber Deutschland wächst nur noch wenig und bleibt europäisches Schlusslicht, weil die Kapazitäten hier zu Lande nur noch wenig ausgeweitet werden und Investitionsgüterkäufe bei deutschen Unternehmen unterbleiben, die einen unmittelbaren konjunkturellen Effekt entfalten könnten.

Die Konjunktorentwicklung im Detail: Auslastungsgrad steigt leicht

In Deutschland hat die jüngste Entwicklung von Produktion und Auftragseingang enttäuscht, im November 2004 waren beide wichtigen Konjunkturindikatoren gegenüber dem Vormonat deutlich rückläufig. Positiv ist indes zu vermerken, dass der Geschäftsklimaindex für das verarbeitende

⁵ Vgl. H.-W. Sinn, *Ist Deutschland noch zu retten?*, Berlin 2004, 8. Auflage, S. 113–117.

Gewerbe im Dezember 2004 wieder deutlich gestiegen ist, nachdem er zuvor zweimal in Folge gesunken war. Sowohl die Lagebeurteilung als auch die Erwartungen waren besser als im Vormonat. Erfreulich war, dass die Produktionspläne der befragten Unternehmen im Plus blieben; auch wenn seit einigen Monaten von der Grundtendenz her eine Abschwächung zu konstatieren ist. Die Exportperspektiven wurden trotz der kräftigen Aufwertung des Euro weiterhin als gut eingestuft.

Alles in allem dürfte sich das konjunkturelle Bild in Deutschland allmählich wieder etwas aufhellen. Die Investitionen werden steigen, auch der private Konsum dürfte sich beleben. Die Exporte bleiben angesichts des immer noch günstigen internationalen Umfelds weiterhin eine wichtige Stütze der Konjunktur; ihr Anstiegstempo wird sich aber verringern. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,2 % steigen, nach Ausschaltung von Kalenderschwankungen sogar um 1,4 %. Da das Trendwachstum in Deutschland lediglich bei gut 1 % liegt, wird damit für den Prognosezeitraum eine Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrads prognostiziert. Im Jahresdurchschnitt 2005 dürfte das Output-Gap aber immer noch negativ sein. Die Arbeitsmarktsituation wird dabei desolat bleiben; in der Spitze wird die Arbeitslosenzahl bei Einrechnung der Hartz-IV-Reform⁶ sogar auf 5,1 Mill. klettern.

Exportklima kühlt sich ab

Die deutschen Exporteure profitierten im ersten Halbjahr 2004 im Vergleich zu anderen europäischen Handelspartnern – insbesondere gegenüber französischen und italienischen Exporteuren – überdurchschnittlich von der weltwirtschaftlichen Dynamik. Zum einen wurde im einsetzenden weltwirtschaftlichen Aufschwung vorrangig die Nachfrage nach Vorleistungs- und Investitionsgütern ausgeweitet, sodass die Stärke der deutschen Exportstruktur voll zum Tragen kam, zum anderen konnten nun die bereits gut ausgebauten Handelsbeziehungen zu den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union und den asiatischen Schwellenländern genutzt werden. Dazu hat beigetragen, dass die Wirtschaftsschwäche in Deutschland die Preise langsamer als in anderen europäischen Ländern hat ansteigen lassen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft hat sich im Vergleich zur Konkurrenz im Euroraum seit Ende 2002 spürbar verbessert. Parallel zur Abschwächung der Weltkonjunktur verringerte sich die Auslandsnachfrage im III. Quartal dann aber sehr deutlich. Hinzu kam die neuerliche Aufwertung des Euro, die die relativen deutschen Preise außerhalb der Euroländer erhöhte. Für das

Jahr 2005 wird angenommen, dass die deutschen Exporteure nicht mehr in gleichem Maße an der lebhaften weltwirtschaftlichen Nachfrage partizipieren können wie im vergangenen Jahr. Die reale Ausfuhr dürfte um 5,0 % expandieren, nach einem Plus von 8,2 % im vergangenen Jahr.

Wenig Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen

Die Investitionen der Unternehmen in Ausrüstungsgüter haben sich im vergangenen Jahr leicht erholt. Saisonbereinigt standen einem kräftigen Rückgang im I. Quartal 2004 Zuwächse im II. und III. Quartal gegenüber. Der deutliche Anstieg der Investitionsausgaben im III. Quartal war aber eher als Reaktion auf den Nachholbedarf zu werten, der sich in den vergangenen Quartalen aufgestaut hat, denn als Anzeichen für eine jetzt anspringende verstärkte Investitionsdynamik. Darauf deuten sowohl die Inlandsaufträge bei den Investitionsgüterproduzenten hin, die trotz eines guten Oktoberwertes im Trend seit dem Frühjahr stagnieren, als auch der schon seit Monaten zunehmende Pessimismus bei den Geschäftserwartungen des verarbeitenden Gewerbes. Dass diese Erwartungen sich bei der jüngsten Umfrage des ifo Instituts wieder verbessert haben, kann noch nicht als Trendänderung interpretiert werden.

Bis zum Frühjahr 2005 ist deshalb nicht mit einer weiteren Belebung der Investitionstätigkeit zu rechnen. Der kräftige Exportzuwachs löste bisher keinen Investitionsaufschwung aus, weil die Kapazitäten unterausgelastet waren und es angesichts der schwachen Absatzperspektiven im Inland und des niedrigeren Kostenniveaus im benachbarten EU-Ausland nicht rentabel war, sich in Deutschland stärker zu engagieren. Ein verstärkter Ersatzbedarf, günstige Finanzierungsbedingungen und die verbesserte Gewinnlage der Unternehmen lassen jedoch eine moderate Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des Jahres erwarten. Auch bei den Investitionen in sonstige

⁶ Das ifo Institut hat in der vorliegenden Prognose versucht, wesentliche Wirkungen von Hartz IV näherungsweise zu erfassen. Die Darstellung der Ergebnisse folgt dem Vorgehen im jüngsten Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute. Die voraussichtlichen kurzfristigen Folgen für die Zahl der registrierten Arbeitslosen und die Erwerbstätigkeit werden in Box 1 gesondert dargestellt. Die finanz- und gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der Reform wurden in Höhe der von der Bundesregierung erwarteten Einsparungen in den öffentlichen Haushalten sowohl der öffentlichen Finanzen als auch der Einkommen der privaten Haushalte berücksichtigt. Darüber hinausgehende Einkommenseffekte bei den Beziehern von Arbeitslosengeld II wurden nicht eingestellt, was nicht bedeuten soll, dass das ifo Institut auf mittlere Sicht hier keine Einkommenswirkungen erwartet. Die Erwerbstätigenrechnung für das Jahr 2005 wird weitgehend entsprechend dem 2004 geltenden Recht dargestellt, d. h. die von Hartz IV ausgehenden Arbeitsmarktwirkungen wurden nicht berücksichtigt. So ist eine bessere Vergleichbarkeit wichtiger Kennziffern gewährleistet.

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2002	2003	2004	2005 ^a
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^b				
Private Konsumausgaben	-0,7	0,0	-0,3	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,9	0,1	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-6,4	-2,2	-0,7	1,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,2	-0,9	1,4	3,8
Bauten	-5,8	-3,2	-2,5	-1,5
Inländische Verwendung	-1,9	0,5	0,5	0,9
Exporte	4,1	1,8	8,2	5,0
Importe	-1,6	4,0	5,7	6,5
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,1	-0,1	1,7	1,2
Erwerbstätige ^c (in 1.000 Personen)	38.696	38.314	38.442	38.587
Arbeitslose (in 1.000 Personen)	4.061	4.377	4.381	4.466
Arbeitslosenquote ^d (in %)	9,5	10,3	10,3	10,4
Verbraucherpreise ^e (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	1,1	1,6	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ^f				
- in Mrd. €	-77,5	-81,3	-84,5	-69,1
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,7	-3,8	-3,9	-3,1
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum ^g (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,9	0,5	1,8	1,5
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g, h} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,1	2,1	2,0
a) Prognose des ifo Instituts. – b) In Preisen von 1995. – c) Im Inland. – d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige). – e) Verbraucherpreisindex (VPI, 2000=100). – f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. – g) Angabe für 2004 geschätzt. – h) Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU).				

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Schätzungen des ifo Instituts.

Anlagen ist nach der annähernden Stagnation in den Jahren 2002 und 2003 mit einem verstärkten Nachholbedarf zu rechnen. Zusammengefasst dürften die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen in diesem Jahr um real 3,8 % zunehmen (2004: 1,4 %).

Bauinvestitionen bleiben schwach

Eine größere Bedeutung für die Entwicklung der inländischen Verwendung als die Ausrüstungsinvestitionen haben die Bauinvestitionen. Im **Wohnungsbau** sind die Investitionen in den ersten drei Quartalen des Jahres 2004

deutlich zurückgegangen und folgten damit weiter dem langjährigen Abwärtstrend. Die privaten Haushalte hatten zwar in den letzten Jahren vermehrt Baugenehmigungen beantragt, um sich den Anspruch auf die Eigenheimzulage nach altem Recht zu sichern. Angesichts der Arbeitsplatzrisiken und der stagnierenden Realeinkommen wurde jedoch bisher davon nur wenig in Bauaktivitäten umgesetzt. Es ist damit zu rechnen, dass in diesem Jahr ein Teil der genehmigten Bauvorhaben realisiert wird, sodass die Abwärtstendenz im Wohnungsbau von leicht positiven Impulsen überlagert wird. Die Wohnungsbauinvestitionen werden in diesem Jahr in etwa auf dem Niveau von 2004 bleiben.

Die **gewerblichen Bauinvestitionen** sind nach vorübergehender Stabilisierung im Vorjahr im Verlaufe des Jahres 2004 wieder spürbar gesunken. Die negative Grundtendenz bei den gewerblichen Bauinvestitionen ist eine Folge des in Leerständen zum Ausdruck kommenden Angebotsüberhangs, der bei dem derzeit gegebenen schwachen gesamtwirtschaftlichen Wachstum nicht so rasch abgebaut werden kann. Deshalb ist auch in diesem Jahr mit einem weiteren Rückgang der gewerblichen Bauinvestitionen zu rechnen. Sie dürften im laufenden Jahr das Niveau des Vorjahres um 4,3 % unterschreiten.

Bei den **öffentlichen Bauinvestitionen** zeichnet sich ebenfalls noch kein Ende der Talfahrt ab. Der Rückgang dürfte in diesem Jahr aber geringer ausfallen, weil die Gemeinden steigende Einnahmen aus der Gewerbesteuer verzeichnen und die Einnahmen aus der Lkw-Maut wieder mehr Mittel für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur frei machen werden. Für das laufende Jahr ist mit einem Sinken der öffentlichen Bauinvestitionen um 1,4 % zu rechnen. Alles in allem werden die Bauinvestitionen im Jahr 2005 um 1,5 % abnehmen, nach einem Rückgang um 2,5 % im vergangenen Jahr.

Privater Konsum bessert sich nur langsam

Der private Konsum hat im Jahr 2004 erneut enttäuscht; im Durchschnitt wurde das Vorjahresniveau um 0,3 % unterschritten. Zwar trat zu Jahresanfang 2004 eine neue Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Dämpfend wirkte aber die Gesundheitsreform, in deren Gefolge für private Haushalte die Preise von Gesundheitsdienstleistungen kräftig stiegen. Da der durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nur wenig sank, kam es per saldo zu einer merklichen Einbuße an Kaufkraft. Außerdem mussten die Rentner ab April die Beiträge voll zur Pflegeversicherung übernehmen. Nach der Jahresmitte schlug zu Buche, dass das Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld verschiedentlich gekürzt bzw. sogar vollständig gestrichen worden war. Überdies unterblieb die turnusmäßige Erhöhung der Altersrenten. Zudem hat der erneute Höhenflug der Ölpreise Kaufkraft gebunden. Schließlich ist die Sparquote erneut gestiegen.

Im laufenden Jahr werden die Bruttolöhne und -gehälter wieder etwas stärker expandieren. Die Nettobezüge dürften allerdings verlangsamt zunehmen. Zwar ist der Steuertarif nochmals korrigiert worden (der Eingangssteuersatz wurde um 1 Prozentpunkt zurückgenommen, der Spitzensteuersatz sogar um 3 Prozentpunkte). Auch dürfte der durchschnittliche Beitragssatz zur GKV im

Jahresverlauf nochmals leicht reduziert werden. Kinderlose haben jedoch einen Zuschlag zur Pflegeversicherung in Höhe von 0,25 Prozentpunkten zu leisten. Ab Juli sollen zudem Zahnersatz und Krankengeld ausschließlich durch die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert werden; dazu wird ein Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 % des beitragspflichtigen Einkommens eingeführt. Obwohl zugleich die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung in dieser Höhe zurückgenommen werden sollen, ergibt sich für die Arbeitnehmer per saldo eine Mehrbelastung.

Ebenfalls nur mäßig werden sich die Sozialtransfers erhöhen, sie steigen nur um 0,4 %. Die ausgezahlten Renten werden wegen der schwachen Lohnentwicklung, des Nachhaltigkeitsfaktors, der in der Rentenformel der demographischen Entwicklung Rechnung tragen soll und des auch von Rentnern zu leistenden Zusatzbeitrages für Zahnersatz und Krankengeld zur Jahresmitte sinken. Außerdem kommt es zu Leistungskürzungen durch das neu eingeführte Arbeitslosengeld II, obwohl für bedürftige Familien ein Kinderzuschlag in Höhe von maximal 140 € pro Kind eingeführt wird. Unter Einrechnung der wieder stärker expandierenden Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften die verfügbaren Einkommen im Jahr 2005 um 2,3 % steigen, real um 0,9 %. Bei leicht zunehmender Sparquote wird sich der reale private Konsum um 0,8 % erhöhen; er trägt damit am stärksten zum Wachstum der Binnennachfrage bei.

Verbraucherpreise steigen moderat

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Verlauf des Jahres 2004 beschleunigt. Am Jahresanfang wurden im Rahmen der Gesundheitsreform Praxisgebühren für Arztbesuche eingeführt, Zuzahlungen für Medikamente bzw. therapeutische Mittel erhöht und die bisherigen Zuschüsse der Krankenkassen für Brillengläser gestrichen. Im März wurde überdies die Tabaksteuer zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Krankenversicherung erhöht. Im April führte die Neuregelung der Kostenübernahme für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel durch die gesetzlichen Krankenkassen nochmals zu einer Verteuerung von Medikamenten, auch wurden die Preise für Verkehrsdienstleistungen angehoben. Im Herbst stiegen die Preise für Mineralölzeugnisse sehr kräftig; auch wurde im Dezember die Tabaksteuer ein zweites Mal angehoben, und die Deutsche Bahn erhöhte die Tarife. Im Jahresdurchschnitt 2004 belief sich die Inflationsrate auf 1,6 %; die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts u. a. der Einfluss der stark gestiegenen Preise für Energie und

Gesundheitsleistungen herausgerechnet ist, betrug dagegen nur 0,8 % und war damit kaum höher als im Jahr 2003.

Der Preisauftrieb wird im Prognosezeitraum etwas geringer ausfallen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise werden zwar noch steigen; dies gilt auch für die Umlagen für die Fernwärme. Zu berücksichtigen sind außerdem die indirekten Preiseffekte, die sich daraus ergeben, dass teureres Öl als Vorleistung in die heimische Produktion eingeht. Auch wird im September 2005 die Tabaksteuer erneut angehoben. Von der Entwicklung der Arbeitskosten geht aber weiter kaum Druck auf die Preise aus. Zudem bleibt der internationale Wettbewerbsdruck hoch. Insgesamt dürfte sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2005 auf 1,4 % belaufen.

Lage am Arbeitsmarkt bleibt prekär

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibt trotz der konjunkturellen Erholung angespannt. Zwar ist die Zahl der Erwerbstätigen seit Beginn des Jahres 2004 saisonbereinigt um knapp 100.000 gestiegen, dies ist jedoch sehr differenziert zu sehen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist nämlich im gleichen Zeitraum um mehr als 100.000 gesunken. Der Zuwachs der Erwerbstätigkeit resultiert damit überwiegend aus Minijobs und ICH-AGs. Viele Minijobs entstanden dabei im Handel, im Gastgewerbe und bei privaten Haushalten. In Deutschland gibt es inzwischen mehr als 4,8 Mill. ausschließlich geringfügig Beschäftigte, was mehr als 12 % aller Erwerbstätigen ausmacht. Im Jahr 2004 wird die Zahl der Erwerbstätigen mit fortschreitender Belebung der Konjunktur weiter zunehmen. Sie wird im Jahresdurchschnitt – ohne

Berücksichtigung der Auswirkungen der Hartz IV-Reform – schätzungsweise um 145.000 Personen steigen.

Die Zahl der Arbeitslosen war im Laufe des Jahres 2003 bis einschließlich Januar 2004 als Folge von Statistikbereinigungen und einer geänderten Abgrenzung im amtlichen Rechenwerk rechnerisch um 230.000 Personen verringert worden. Inzwischen hat sie wieder deutlich zugenommen. Im Dezember 2004 belief sie sich saisonbereinigt auf 4,48 Mill., die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (in % der zivilen Erwerbspersonen nach Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) betrug 10,8 %.

Ohne Berücksichtigung der aus der Umsetzung der Hartz IV-Reform resultierenden Arbeitsmarkteffekte wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen zunächst noch etwas zunehmen. Erst ab dem Frühsommer 2005 wird sie leicht sinken. Im Durchschnitt des Jahres 2005 wird die Arbeitslosenzahl aufgrund des starken Anstiegs in der zweiten Jahreshälfte 2004 allerdings noch um rund 85.000 höher als in diesem sein. Die Arbeitslosenquote (in % der inländischen Erwerbspersonen) wird im Jahresdurchschnitt 10,4 % betragen, nach 10,3 % im vergangenen Jahr. Einschließlich der aus der Einführung des Arbeitslosengelds II (Alg II) folgenden Effekte (vgl. Box 1) wird die Arbeitslosenzahl zunächst sehr stark steigen, dem Ursprungswert nach wird die 5-Millionen-Marke spätestens im Februar 2005 überschritten. Im weiteren Jahresverlauf dürfte sie dann aber stärker sinken, als es unter rein konjunkturellem Blickwinkel der Fall gewesen wäre. Im Jahresdurchschnitt 2005 wird die Arbeitslosenzahl unter Berücksichtigung der Hartz-IV-Reform voraussichtlich um rund 225.000 höher sein als im Jahr 2004, d. h. die Arbeitslosigkeit steigt durch die Einführung des Alg II ohne Berücksichtigung von Zweitrundeneffekten um 140.000 Personen.

Box 1: Arbeitseffekte von Hartz IV

Mit dem „vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) werden ab 1. Januar 2005 die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zum Arbeitslosengeld II verschmolzen. Die Reform soll die Eigenverantwortung des Bürgers stärken; zugleich wird versucht, Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor zu schaffen. Unabhängig von möglichen längerfristigen Wirkungen sind hiervon bestimmte Effekte auf die Arbeitslosigkeit und die Erwerbstätigkeit zu erwarten.

Ab Januar 2005 müssen erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, um weiter eine Grundsicherung (Alg II) zu erhalten. Dies wird nach Schätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ca. 300.000 Personen betreffen und damit die Arbeitslosenzahl zu Anfang des Jahres deutlich erhöhen. Außerdem könnten sich bisherige Leistungsempfänger nach § 428 SGB III, die älter als 58 Jahre sind, wieder arbeitslos melden, weil Leistungen eingeschränkt werden. Einen

dämpfenden Effekt auf die Zahl der Arbeitslosen wird sich voraussichtlich durch die strengere Vermögensanrechnung für bisherige Arbeitslosenhilfebezieher ergeben. Ab Januar werden auch Vermögen und Einkommen von Angehörigen der so genannten Bedarfsgemeinschaften angerechnet, was dazu führt, dass die Leistungen aus Alg II niedriger ausfallen als bei der bisherigen Arbeitslosenhilfe oder der Anspruch sogar vollständig erlischt. Als Folge könnte ein Teil der 500.000 davon betroffenen Personen die Arbeitslosmeldung im Laufe des Jahres unterlassen.

Weiterhin können allen Alg-II-Empfängern so genannte Arbeitsgelegenheiten – insbesondere „1-Euro-Jobs“ – angeboten werden. Umfasst eine solche Tätigkeit mehr als 15 Stunden in der Woche, so werden die betroffenen Personen nicht mehr zu den Arbeitslosen

gezählt. Bei optimistischer Schätzung kann man davon ausgehen, dass 300.000 zusätzliche Arbeitsgelegenheiten im Laufe des Jahres geschaffen werden können. Geht man weiter davon aus, dass 80 % der fraglichen Arbeitsgelegenheiten einen Umfang von mehr als 15 Stunden in der Woche aufweisen, dann verringert dies die Arbeitslosen um ca. 240.000. Dabei eventuell auftretende Substitutionseffekte zwischen 1-Euro-Jobs mit traditionellen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und regulärer Erwerbstätigkeit sind in diesem Ansatz nicht berücksichtigt. Die Zahl der Erwerbstätigen wird sich im Rahmen von Hartz IV im Wesentlichen durch die zusätzlich geschaffenen Arbeitsgelegenheiten erhöhen. Im Jahresverlauf ergibt sich bei den hier getroffenen Annahmen ein Nettozuwachs durch 1-Euro-Jobs von 300.000 Personen.

Finanzlage der öffentlichen Hand: Weiter angespannt

Nachdem auch im Jahr 2004 eine nachhaltige Konjunkturbelebung ausgeblieben ist, hat sich die desolante Finanzlage der öffentlichen Haushalte trotz der Tatsache, dass die Ausgaben auf Vorjahresniveau verharren, keineswegs verbessert. Vielmehr betrug das Defizit im abgelaufenen Jahr 3,9 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts, was den dritten Verstoß in Folge gegen die 3-%-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts bedeutet.

Obwohl die Bundesregierung verschiedene Maßnahmen zur Einhaltung des Defizitkriteriums plant, ist auch im Jahr 2005 nach wie vor keine nachhaltige Besserung der Situation in Sicht. Unter Berücksichtigung der Zahlungen der Landesbanken an die Bundesländer für zu Unrecht erhaltene Subventionen werden die Einnahmen um 1,9 % zunehmen. Bei den Ausgaben kommt es trotz des geplanten Verkaufs der Forderungen der Postbeamtenversorgungskasse zu einem weiteren Anstieg, weil die Zins-

zahlungen weiter kräftig steigen und die Einmaleffekte der Gesundheitsreform entfallen. Daneben wird das Inkrafttreten der Hartz-IV-Reform per saldo eine Entlastung von rund einer Mrd. € bewirken. Dies führt zu einem erwarteten Defizit von knapp 70 Mrd. €, was noch immer 3,1 % des für das Jahr 2005 prognostizierten nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Insgesamt ist trotz des eingeleiteten Sparpakets der Bundesregierung eine vierte Verletzung des Defizitkriteriums sehr wahrscheinlich, sofern nicht von Seiten der Politik weiter ernsthaft gegengesteuert wird. Statt punktueller Erfolge durch Einmaleffekte und Verschiebung von Lasten in die Zukunft ist nach wie vor eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung erforderlich. Ohne die von der Bundesregierung einkalkulierten Zahlungen der Landesbanken und der finanziellen Transaktionen bezüglich der Postbeamtenversorgungskasse würde sich im Jahr 2005 sogar ein Defizit von 3,4 % des Bruttoinlandsprodukts einstellen.

abgeschlossen am 19. 01. 2005

Tabelle 2: Konjunkturprognose Bundesrepublik Deutschland. Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2003 ^a	2004 ^a	2005 ^b
1. Entstehung des Inlandsprodukts			
Veränderung in % p. a.			
Erwerbstätige im Inland	-1,0	0,3	0,4
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	0,1	-0,6	0,2
Arbeitstag ^c	0,1	1,5	-0,7
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-0,8	1,2	-0,1
Produktivität ^d	0,7	0,4	1,3
BIP in Preisen von 1995	-0,1	1,7	1,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen			
a) Mrd. €			
Private Konsumausgaben ^e	1.255,3	1.271,0	1.298,5
Konsumausgaben des Staates	408,5	406,8	408,6
Anlageinvestitionen	379,8	377,2	382,6
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	171,5	171,5	178,0
Bauten	208,3	205,7	204,6
Vorratsveränderungen ^f	-7,6	6,4	8,8
Letzte inländische Verwendung	2.036,0	2.061,4	2.098,5
Außenbeitrag	92,2	116,8	121,3
Exporte	769,3	832,0	876,4
Importe	677,1	715,2	755,1
Bruttoinlandsprodukt	2.128,2	2.178,2	2.219,8
b) Veränderung in % p. a.			
Private Konsumausgaben ^e	1,1	1,3	2,2
Konsumausgaben des Staates	0,8	-0,4	0,4
Anlageinvestitionen	-3,1	-0,7	1,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-2,8	0,0	3,8
Bauten	-3,3	-1,2	-0,6
Letzte inländische Verwendung	1,2	1,2	1,8
Exporte	1,0	8,2	5,3
Importe	1,5	5,6	5,6
Bruttoinlandsprodukt	1,0	2,3	1,9

	2003 ^a	2004 ^a	2005 ^b
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995			
a) Mrd. €			
Private Konsumausgaben ^e	1.132,5	1.129,4	1.137,9
Konsumausgaben des Staates	390,2	391,8	393,5
Anlageinvestitionen	389,1	386,4	390,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	179,0	181,5	188,4
Bauten	210,1	204,9	201,9
Vorratsveränderungen ^f	-18,1	-4,6	-2,2
Letzte inländische Verwendung	1.893,7	1.903,0	1.919,5
Außenbeitrag	91,5	115,2	122,4
Exporte	740,0	800,7	840,4
Importe	648,5	685,5	718,1
Bruttoinlandsprodukt	1.985,2	2.018,2	2.041,8
nachrichtlich:			
Bruttonationaleinkommen	1.973,4	2.010,1	2.033,8
b) Veränderung in % p. a.			
Private Konsumausgaben ^e	0,0	-0,3	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,4	0,4
Anlageinvestitionen	-2,2	-0,7	1,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,9	1,4	3,8
Bauten	-3,2	-2,5	-1,5
Letzte inländische Verwendung	0,5	0,5	0,9
Exporte	1,8	8,2	5,0
Importe	4,0	5,7	4,8
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	1,7	1,2
nachrichtlich:			
Bruttonationaleinkommen	0,1	1,9	1,2
4. Preisniveau (1995=100)			
Veränderung in % p. a.			
Private Konsumausgaben ^e	1,0	1,5	1,4
Konsumausgaben des Staates	0,7	-0,8	0,0
Anlageinvestitionen	-0,9	0,0	0,4
Ausrüstungen und sonstige Ausgaben	-1,9	-1,3	0,0
Bauten	-0,1	1,3	0,9
Exporte	-0,8	0,0	0,4
Importe	-2,4	-0,1	0,8
Bruttoinlandsprodukt	1,1	0,7	0,7

	2003 ^a	2004 ^a	2005 ^b
5. Einkommensentstehung und -verteilung			
a) Mrd. €			
Arbeitnehmerentgelt	1.132,2	1.132,3	1.143,7
Arbeitgeberbeiträge	222,4	221,6	223,0
Bruttolöhne und -gehälter	909,8	910,7	920,8
Arbeitnehmerbeiträge	148,7	149,6	153,8
Lohnsteuer	170,6	160,9	157,7
Nettolöhne und -gehälter	590,5	600,2	609,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	437,1	484,0	503,5
Volkseinkommen	1.569,3	1.616,4	1.647,3
Abschreibungen	318,3	321,9	328,1
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	226,7	230,6	235,0
Bruttonationaleinkommen	2.114,2	2.168,8	2.210,4
b) Veränderung in % p. a.			
Arbeitnehmerentgelt	0,2	0,0	1,0
Bruttolöhne und -gehälter	-0,2	0,1	1,1
Nettolöhne und -gehälter	-0,8	1,6	1,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,2	0,1	0,8
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,5	1,7	1,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,5	10,7	4,0
Volkseinkommen	1,1	3,0	1,9
Abschreibungen	0,5	1,1	1,9
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	3,2	1,7	1,9
Bruttonationaleinkommen	1,2	2,6	1,9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte			
a) Mrd. €			
Nettolöhne und -gehälter	590,5	600,2	609,3
Monetäre Sozialleistungen	450,8	455,2	457,1
Übrige Primäreinkommen	460,8	468,5	497,0
Sonstige Transfers	-35,4	-35,1	-39,0
Abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	76,9	81,1	84,3
Verfügbares Einkommen	1.389,8	1.407,7	1.440,2
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	16,6	18,4	19,2
Private Konsumausgaben ^e	1.255,3	1.271,0	1.298,5
Sparen	151,1	155,1	160,9
Sparquote ^g	10,7	10,9	11,0
b) Veränderung in % p. a.			
Nettolöhne und -gehälter	-0,8	1,6	1,5
Monetäre Sozialleistungen	2,6	1,0	0,4
Übrige Primäreinkommen	1,0	1,7	6,1
Verfügbares Einkommen	1,2	1,3	2,3
Private Konsumausgaben ^e	1,1	1,3	2,2
Sparen	3,3	2,6	3,8

	2003 ^a	2004 ^a	2005 ^b
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates			
a) Mrd. €			
Einnahmen			
Steuern	481,6	480,9	487,0
Sozialbeiträge	394,8	396,5	401,0
Vermögenseinkünfte	15,0	9,5	11,8
Sonstige Übertragungen	16,2	15,8	18,5
Vermögensübertragungen	8,8	9,5	9,4
Verkäufe	40,5	40,0	41,9
Sonstige Subventionen	0,6	0,5	0,4
Einnahmen insgesamt	957,5	952,2	970,0
Ausgaben			
Vorleistungen	83,9	85,2	85,7
Arbeitnehmerentgelte	167,9	165,9	165,1
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	66,7	67,0	69,7
Subventionen	28,9	28,1	27,2
Monetäre Sozialleistungen	419,8	423,9	425,6
Soziale Sachleistungen	167,3	165,5	169,4
Sonstige Transfers	38,2	39,4	36,1
Vermögenstransfers	35,6	33,2	32,1
Bruttoinvestitionen	31,9	30,2	29,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,7	-1,6
Ausgaben insgesamt	1.038,9	1.036,6	1.039,2
Finanzierungssaldo	-81,3	-84,5	-69,1
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr			
Einnahmen			
Steuern	0,8	-0,1	1,3
Sozialbeiträge	1,4	0,4	1,1
Vermögenseinkünfte	-13,9	-36,7	23,8
Sonstige Übertragungen	5,7	-6,2	21,9
Vermögensübertragungen	1,0	8,5	-1,1
Verkäufe	-0,1	-1,4	5,0
Sonstige Subventionen	—	—	—
Einnahmen insgesamt	0,8	-0,6	1,9
Ausgaben			
Vorleistungen	-0,7	1,5	0,6
Arbeitnehmerentgelte	0,0	-1,2	-0,5
Sonstige Produktionsabgaben	—	—	—
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	1,1	0,4	4,0
Subventionen	-6,3	-3,0	-3,1
Monetäre Sozialleistungen	2,5	1,0	0,4
Soziale Sachleistungen	2,3	-1,1	2,4
Sonstige Transfers	7,4	3,1	-8,3
Vermögenstransfers	2,8	-6,9	-3,2
Bruttoinvestitionen	-11,2	-5,4	-1,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	—	—	—
Ausgaben insgesamt	1,1	-0,2	0,3
nachrichtlich:			
Finanzierungssaldo in % des BIP	-3,8	-3,9	-3,1
a) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – b) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. – c) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt. – d) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. – e) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – f) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – g) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).			

Quelle: Überarbeitete und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2004.

EWU-Beitritt der neuen EU-Mitglieder: Ist eine gemeinsame Geldpolitik für ganz Europa sinnvoll?

Marco Weimann¹

Am 1. Januar 2002 wurde mit der Einführung des Euro-Bargelds der finale Schritt auf dem Weg zur Europäischen Währungsunion (EWU) vollzogen. Parallel verhandelte die Kommission bereits seit Jahren mit den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern (MOEL) über deren künftigen Beitritt zur Europäischen Union. Seit der EU-Beitrittsrunde vom 1. Mai 2004 sind nunmehr neben Malta und Zypern auch die baltischen Staaten, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien Mitglieder der EU. Mittelfristig ist weiterhin mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur Gemeinschaft zu rechnen. Während unter den ursprünglichen EU-Ländern Großbritannien, Dänemark und Schweden bis auf weiteres auf den Euro als offizielles Zahlungsmittel verzichtet haben, wird für die neu in die Gemeinschaft aufzunehmenden Staaten die (spätere) Euro-Einführung in jedem Falle untrennbar mit dem Beitritt zur EU verbunden sein.

Vor diesem Hintergrund soll die Frage, inwieweit eine gemeinsame Währung – und damit auch eine gemeinsame Geldpolitik – für den westeuropäischen EU-Kern und die neuen Mitglieder im Osten aus ökonomischer Sicht sinnvoll sind, einer Untersuchung unterzogen werden. Die von MUNDSELL (1961), MCKINNON (1963) und KENEN (1969) begründete Theorie optimaler Währungsräume (OWR-Theorie) stellt das für diesen Zweck geeignete theoretische und empirische Instrumentarium zur Verfügung.

Die Maastricht-Kriterien, die als Voraussetzung für die Euro-Einführung gelten, werden teilweise bereits durch die Beitrittsländer erfüllt. Die entsprechenden Werte sind in Tabelle 1 aufgeführt (sofern das jeweilige Kriterium erfüllt wurde, ist der Wert fettgedruckt). Die Maastricht-Kriterien stellen auf nominale Größen, wie Preisniveaustabilität, (nominale) Wechselkursstabilität und Schuldendisziplin ab. Im Gegensatz hierzu versucht die Theorie optimaler Währungsräume, auch realwirtschaftliche Aspekte für eine Aussage über die Vorteilhaftigkeit einer Währungsunion heranzuziehen.

Probleme der geldpolitischen Strategiewahl bei asynchronen Schocks

Im Rahmen der Theorie optimaler Währungsräume wird eine Vielzahl verschiedener potenzieller Kosten- und Nutzenaspekte einer dauerhaften Wechselkursfixierung diskutiert (vgl. z. B. DE GRAUWE 1997).

Der aus einer gemeinsamen Währung resultierende Nutzen wird zumeist vorrangig aus den grundlegenden Funktionen des Gutes „Geld“ abgeleitet und ist im Wesentlichen

¹ Marco Weimann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geld, Kredit und Währung der Technischen Universität Dresden.

Tabelle 1: Maastricht-Konvergenz der MOEL

Kriterium	Inflation	Zinssatz	Defizit	Verschuldung	Wechselkurs
	2003 (in %)	letzter (in %)	2003 (in % des BIP)	2003 (in % des BIP)	2 Jahre
Referenzwert	2,7	6,2	-3,0	60,0	+/-15,0%
Bulgarien	2,3	5,4	0,0	53,7	-0,8
Lettland	2,9	7,4	-1,6	16,3	-9,9
Litauen	-1,2	6,4	-1,7	23,6	0,2
Polen	0,7	7,3	-4,5	51,0	-17,2
Rumänien	15,3	17,3	-2,3	26,2	-19,2
Slowakei	8,5	5,1	-3,6	42,8	-6,3
Slowenien	5,6	4,0	-1,4	26,8	-4,3
Tschechien	0,1	5,1	-6,6	37,6	-5,0
Ungarn	4,7	8,4	-5,7	58,6	-9,3

Quelle: Deutsche Bank Research (2004), S. 19.

mikroökonomischer Natur. So wird davon ausgegangen, dass Geld mit einer Erweiterung eines Währungsraumes in besserem Maße als Tauschmittel (wegen reduzierter Transaktionskosten, zum Beispiel durch weggefallene Tauschgebühren), Wertmesser (auf Grund geringerer Informationskosten, zum Beispiel durch bessere Möglichkeit zum grenzüberschreitenden Preisvergleich) und Wertaufbewahrungsmittel (wegen reduzierter Unsicherheit, zum Beispiel auf Grund nicht mehr vorhandener Wechselkursschwankungen) dienen kann.

Die potenziellen Kostenaspekte einer Währungsunion sind dagegen vor allem auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zu finden. Eines der Hauptargumente bezieht sich dabei auf regional auftretende ökonomische Schocks (z. B. Angebots- oder Nachfrageschocks). So wirkt sich zum Beispiel ein Ölpreisanstieg auf ein Land mit eigener Förderung und Rohölexport tendenziell positiv aus, während eine Öl importierende Ökonomie typischerweise negativ beeinflusst wird. Derartige Veränderungen können also unter anderem in verschiedenen Industrie- oder auch institutionellen Strukturen begründet sein. So werden Staaten mit einem großen Agrarsektor weniger stark unter einem deutlich ansteigenden Ölpreis leiden als Industriestaaten. Die Theorie optimaler Währungsräume argumentiert nun, dass bei Auftreten asynchroner Schocks die geldpolitische Strategiewahl wesentlich erschwert wird. Durch Auftreten eines asynchronen Schocks können in einem Land Vollauslastung und Preisdruck (Inflation) herrschen, während in einem anderen Land Unterbeschäftigung auftritt. In einem Regime flexibler Wechselkurse könnte ein Zusammenspiel von geeigneter Wirtschaftspolitik und Marktmechanismus dieses Problem korrigieren. Die Zentralbank des Landes mit Unterbeschäftigung könnte einen expansiven geldpolitischen Kurs einschlagen. Die einheimische Währung würde dann in Relation zum Ausland abwerten und einen positiven Impuls für die heimische Wirtschaft auslösen. Die Zentralbank des prosperierenden Landes könnte hingegen eine restriktive Geldpolitik anwenden und somit die Inflation im eigenen Land eindämmen.

In einer Währungsunion hingegen steht die gemeinsame Zentralbank vor einem Dilemma. Während für das eine Land eine restriktive Geldpolitik notwendig wäre, benötigt die andere Ökonomie einen positiven monetären Impuls. Mit anderen Worten: Es gibt keine Geldpolitik, die für beide Länder gleichermaßen vorteilhaft ist. Sofern keine anderen ausgleichenden Mechanismen vorhanden sind (dies kann z. B. Arbeitsmobilität sein, die das Beschäftigungslosigkeitsdifferential zwischen beiden Ökonomien beseitigt), ist eine Währungsunion beider Länder tendenziell unvorteilhaft.

Empirische Überprüfung der Eignung für eine Währungsunion

Die Vorteilhaftigkeit einer Währungsunion bzw. die mit ihr verbundenen Risiken können daher anhand der Symmetrie ökonomischer Schocks beurteilt werden. Typischerweise werden die beiden o. g. Typen von Schocks unterschieden: Angebots- und Nachfrageschocks.² Diese weisen unterschiedliche Eigenschaften auf. Während Angebotsschocks im Rahmen eines herkömmlichen Angebots-Nachfrage-Modells in der langen Frist sowohl den Output als auch das Preisniveau beeinflussen, wirken sich Nachfrageschocks in diesem Modellrahmen langfristig nur auf die Preise aus. Diese Eigenschaft wird nun genutzt, um empirisch zwischen den verschiedenen Schockkategorien zu unterscheiden (vgl. Abbildung 1 für einen positiven Nachfrageschock und Abbildung 2 für einen positiven Angebotsschock).³

Als Schocks werden diejenigen Veränderungen von Output und Preisniveau interpretiert, die sich nicht über vergangene Ausprägungen dieser beiden Variablen erklären lassen.⁴ Um die so gefundenen Schocks als Angebots- oder Nachfrageschocks identifizieren zu können, werden sie auf ihre langfristige Output- bzw. Preisniveauwirksamkeit hin untersucht. Mit diesem Verfahren lassen sich nunmehr für jedes Land Zeitreihen von Angebots- und Nachfrageschocks extrahieren. Es wird dann überprüft, ob die Schocks in den einzelnen Ländern gleichzeitig auftreten, indem ihre bilateralen Korrelationen berechnet werden.

Ergebnisse

Die Korrelationen zwischen Angebots- und Nachfrageschocks waren im Zeitraum 1990 bis 1995 in der heutigen EWU weitgehend positiv. Abbildung 3 gibt an, inwieweit outputwirksame (Angebotsschock) und outputunwirksame (Nachfrageschock) Schocks innerhalb Westeuropas synchron mit denen von Deutschland verliefen (bilaterale

² Siehe z. B. BLANCHARD und QUAH (1989) sowie BAYOUMI und EICHENGREEN (1993). Eine praktische Anwendung des Verfahrens für osteuropäische Daten findet sich unter anderem auch in FRENKEL und NICKEL (2002).

³ Bei einem positiven Nachfrageschock verschiebt sich die Nachfragekurve nach rechts. Dadurch steigt in der kurzen Frist der Output an und die Preise erhöhen sich. Da das Angebot langfristig jedoch von den Preisen unabhängig ist, sinkt die Outputmenge im Zeitverlauf wieder auf ihr ursprüngliches Niveau, wobei die Preise weiter ansteigen. Bei einem positiven Angebotsschock hingegen verschieben sich kurz- und langfristige Angebotskurve nach rechts, wodurch die Preise sinken und der Output dauerhaft ansteigt.

⁴ Verwendet wird hier ein sog. strukturelles vektorautoregressives Zeitreihenmodell (SVAR), welches die Veränderungsdaten von Mengen und Preisen in den verschiedenen an der Währungsunion teilnehmenden Ländern jeweils auf länderspezifischer Ebene aus ihren vorangegangenen Realisierungen beschreibt. Als Restriktion für die Identifikation der Schocks dient die langfristige Mengenwirksamkeit.

Abbildung 1: Positiver Nachfrageschock im AS-AD-Modell

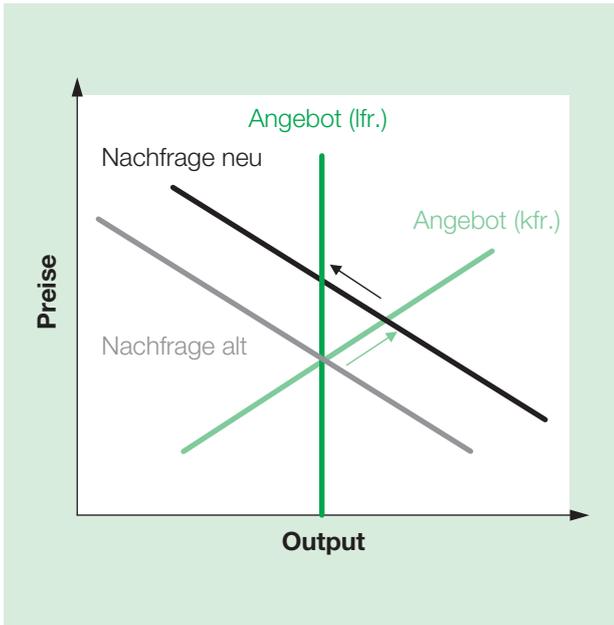
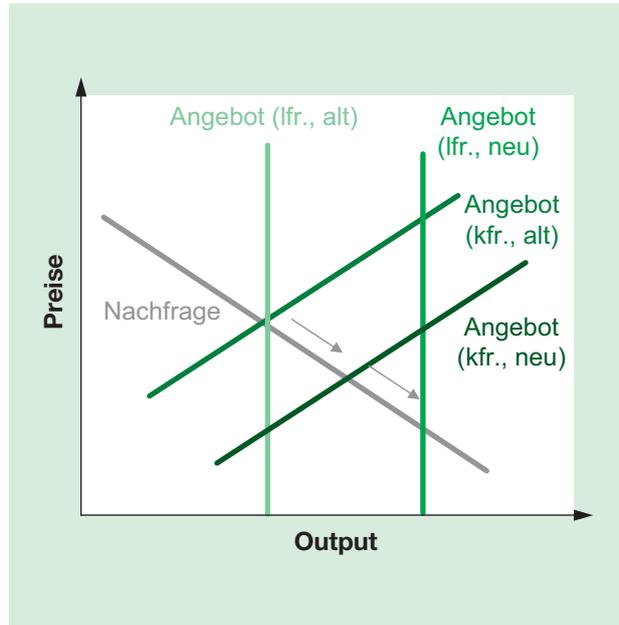


Abbildung 2: Positiver Angebotsschock im AS-AD-Modell



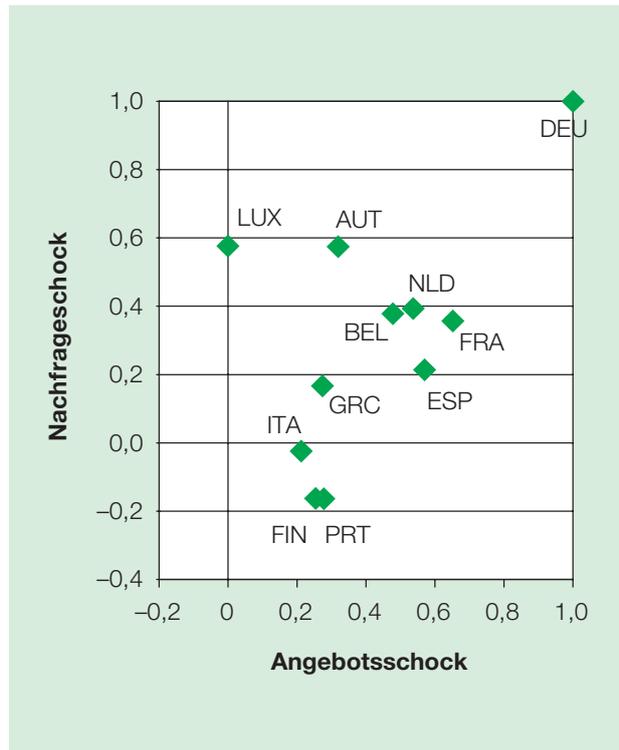
Korrelationen der jeweiligen Schockzeitreihen). Während Länder wie Österreich, Belgien, die Niederlande und Frankreich relativ eng mit Deutschland korreliert waren, zeigt sich bei Italien, Finnland und Portugal im betrachteten Zeitraum zumindest bezüglich der Nachfrageschocks ein leicht asynchrones Verhalten.

Aus Sicht der Theorie optimaler Währungsräume wäre eine Korrelation von „1“ ideal. Generell lässt sich feststellen, dass zumindest höhere Korrelationen zwischen den Schocks aus theoretischer Sicht vorteilhafter sind. Obgleich die Schockzusammenhänge in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in Westeuropa nicht vollständig positiv waren, erscheint jedoch die dargestellte Situation mit dem heutigen Wissen um die seit 1999 durchgeführte Wirtschaftspolitik als geldpolitisch durchaus handhabbar.

Die in Abbildung 3 dargestellte Situation der EWU-Länder zu Beginn der neunziger Jahre kann nun als Referenz dienen, um die Zusammenhänge zwischen den MOEL und der heutigen EWU zu beurteilen. In Abbildung 4 sind die entsprechenden Korrelationen nach dem obigen Muster wiedergegeben. Diesmal dient der Zeitraum 1996 bis Januar 2001 als Basis für die Einschätzung. Diese zeitliche Verschiebung hat mehrere Vorteile. Zum einen waren die MOEL zu Beginn der neunziger Jahre durch umfangreiche Transformationsprozesse intensiven (und einmaligen) Anpassungsschocks unterworfen. Damit ist von starken Asymmetrien im Vergleich mit Westeuropa auszugehen. Zum anderen steuerten die

westeuropäischen Länder in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre bereits wirtschaftspolitisch auf die vorgesehene Währungsunion zu. Die Anwendung der Maastricht-Kriterien sowie weiterführende Maßnahmen

Abbildung 3: Schockkorrelationen EWU mit Deutschland, 1990–1995



Quelle: Eigene Berechnungen.

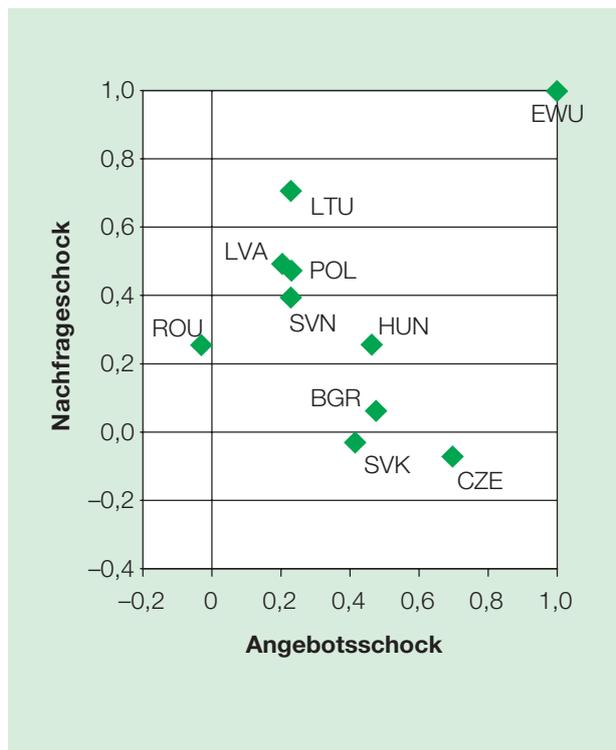
der Integrationspolitik durch Schaffung des gemeinsamen Marktes sollten aus theoretischer Sicht zu einer Schockkonvergenz führen. Dieses Argument wird empirisch erhärtet, wenn man die Veränderungen der westeuropäischen Schockkorrelationen, dargestellt in Abbildung 5 (der Pfeil beschreibt jeweils die Veränderung der Korrelation zwischen der ersten und der zweiten Hälfte des Jahrzehnts) betrachtet. Hier zeigt sich, dass die Schockzusammenhänge mit fortschreitender Integration im Mittel enger wurden. Insbesondere die vormalig noch wenig schockkorrelierten Staaten Portugal, Finnland und Italien sind in der Graphik deutlich näher an Deutschland herangerückt. So ist davon auszugehen, dass das Bewertungskriterium der Schocksymmetrie in gewissem Maße endogen ist, d. h. die Bewertung verbessert sich mit fortschreitender Integration. Diese potenziell auftretenden Anpassungsprozesse stehen jedoch den MOEL noch bevor.

Abbildung 4 zeigt, dass die Korrelationen der Schocks zwischen den MOEL und der heutigen EWU in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts kaum schwächer waren als diejenigen zwischen den heutigen EWU-Staaten und Deutschland in der ersten Hälfte der neunziger Jahre. So kann aus Sicht dieses Bewertungskriteriums nicht davon ausgegangen werden, dass die MOEL aus geldpoliti-

scher Sicht schlechtere Beitrittskandidaten zur EWU darstellen als dies zum Beispiel für Italien der Fall war. Eine gemeinsame Geldpolitik für die heutige EWU und die MOEL sollte somit durchaus möglich sein.

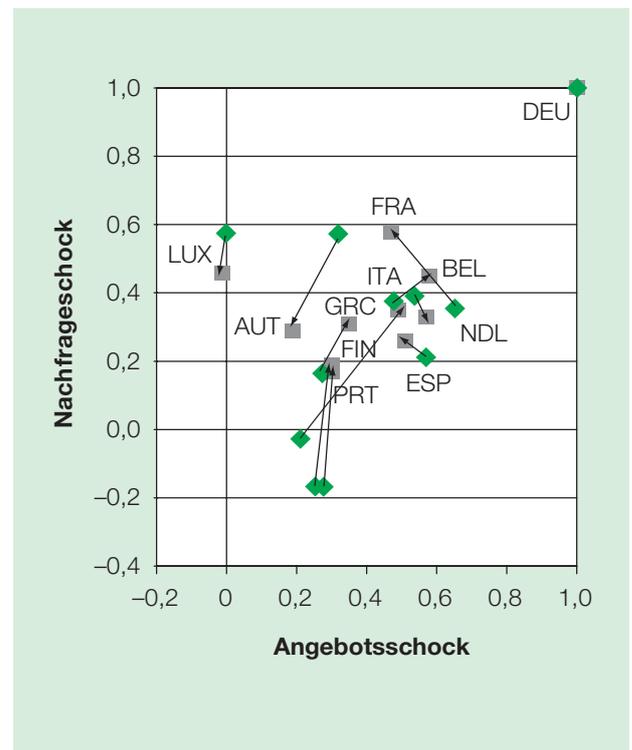
Selbstverständlich stellt die Einschätzung anhand der Schockkorrelationen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Instrumentarium der OWR-Theorie dar. Jedoch bietet sie einen guten Anhaltspunkt dafür, inwieweit bei einer Ausdehnung des Währungsgebietes strukturell bedingte Probleme für eine problemadäquate Geldpolitik der dann gemeinsamen Zentralbank erwachsen könnten. Aus Sicht der hier vorgestellten Analyse ist eher davon auszugehen, dass die EWU-Osterweiterung unter dem betrachteten Kriterium als wenig problematisch anzusehen ist. Andere Aspekte, wie zum Beispiel die politische Stabilität der Beitrittsstaaten oder Stringenz strukturpolitischer und marktwirtschaftlich orientierter Reformen bedürfen allerdings einer gesonderten Betrachtung.

Abbildung 4: Schockkorrelationen MOEL mit EWU 1996-2001



Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 5: Veränderungen der Schockkorrelationen in Westeuropa



Quelle: Eigene Berechnungen.

Literatur

- BAYOUMI, T. und B. EICHENGREEN (1993): Shocking aspects of European monetary unification. In: F. TORRES und F. GIAVAZZI (Hrsg.): *Adjustment and Growth in the European Monetary Union*. Cambridge University Press, Cambridge, S. 193–229.
- BLANCHARD, O. und D. QUAH (1989): The Dynamic Effects of Aggregate Demand and Supply Disturbances. *American Economic Review*, 79, Nr. 4, S. 655–673.
- DE GRAUWE, P. (1997): *The Economics of Monetary Integration*. Oxford University Press, Oxford.
- DEUTSCHE BANK RESEARCH (2004): *EU Monitor No. 18*, Frankfurt am Main.
- FRENKEL, M. und C. NICKEL (2002): How Symmetric are the Shocks and the Shock Adjustment Dynamics Between the Euro Area and Central and Eastern European Countries?, IMF Working Paper, WP/02/222.
- KENEN, P. (1969): The Theory of Optimum Currency Areas: An Eclectic View. In: R. A. MUNDELL und A. K. SWOBODA (Hrsg.): *Monetary Problems of the International Economy*, University of Chicago Press, Chicago, S. 41–60.
- McKINNON, R. (1963): Optimum Currency Areas, *American Economic Review*, 53, S. 717–725.
- MUNDELL, R. A. (1961): A Theory of Optimum Currency Areas, *American Economic Review*, 51, S. 657–665.

Das EU-Budget 2007 bis 2013 – Keine Einigung in Sicht

Thomas Fester¹

Der von der EU-Kommission geplante Finanzrahmen für die Programmperiode 2007–2013 ist derzeit wieder intensiv in der öffentlichen Diskussion. So meldete sich z. B. Bundeskanzler Gerhard Schröder Ende 2004 zu Wort und wies auf die Unvereinbarkeit der von der EU-Kommission geforderten Erhöhung der Beiträge der Nettozahler und dem Zwang hin, die Maastricht-Kriterien einzuhalten und in diesem Zusammenhang den Staatshaushalt zu konsolidieren. Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums wäre unter den Vorschlägen der EU-Kommission aufgrund des gestiegenen Ausgabenvolumens eine Mehrbelastung Deutschlands in Höhe von über 14 Mrd. € zu erwarten,² wohingegen das Volumen zusätzlicher Rückflüsse in den großen Ausgabenbereichen Agrarpolitik und Strukturförderung aufgrund der EU-Osterweiterung und des festen Rahmens für die gemeinsame Agrarpolitik stagnieren würde, wenn nicht gar rückläufig wäre. Im vorliegenden Beitrag soll die Struktur des EU-Haushalts näher untersucht und diskutiert werden, wobei neben der Ausgaben- auch die Einnahmenseite kurz thematisiert werden soll. Wenn der Fokus dieses Beitrags damit auf den direkt durch die EU veranlassten Zahlungsströmen zwischen den Mitgliedstaaten liegt, impli-

ziert dies jedoch nicht, dass die Vorteilhaftigkeit der EU-Osterweiterung für einzelne Mitgliedsstaaten allein an einer etwaigen Nettoempfängerposition festgemacht werden könnte. Sowohl nicht-monetäre Aspekte wie politische Integration und Annäherung als auch potenzielle Gewinne aus verstärktem Handel zwischen den Staaten dürfen bei einer Beurteilung der EU-Erweiterung und der damit verbundenen Kosten nicht vernachlässigt werden. Diese Aspekte zu quantifizieren, fällt jedoch naturgemäß sehr schwer, sodass diese Argumente in der öffentlichen Debatte um die Ausgestaltung der EU-Politik und somit der Höhe des Haushalts kaum greifbar sind, jedoch keineswegs vernachlässigt werden dürfen.³

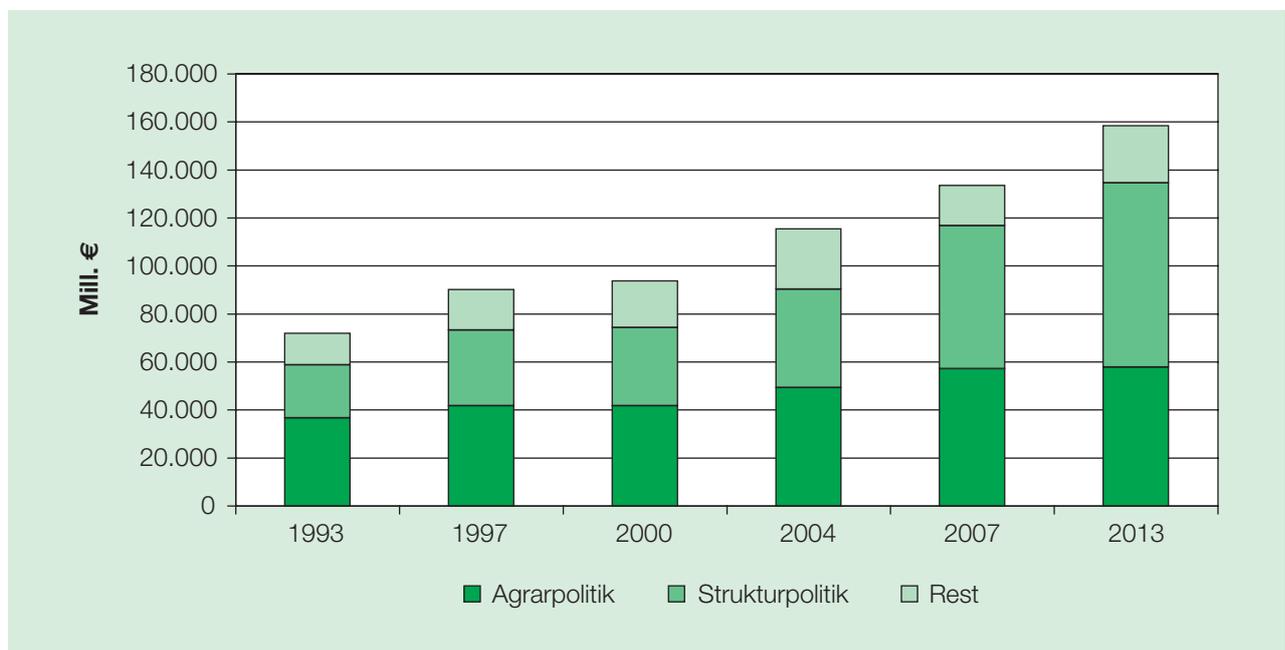
Wie aus Abbildung 1 ersichtlich wird, hat sich die Struktur des EU-Haushalts im Laufe der Zeit deutlich gewandelt. So hat sich die Bedeutung der Regional- bzw. Strukturpolitik der EU seit 1993 deutlich erhöht und wird im Zuge der EU-Osterweiterung und der damit verbundenen

¹ Thomas Fester ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden.

² Vgl. BUNDESREGIERUNG (2004).

³ Vgl. hierzu z. B. FOLKERS (1994).

Abbildung 1: Zusammensetzung der EU-Ausgaben in jeweiligen Preisen



Quelle: Laufende Finanzplanung der EU.

Aufnahme von relativ armen Mitgliedsstaaten noch weiter zunehmen. Betrug das Volumen der Regional- und Strukturpolitik in der Periode 2000–2006 noch etwa 212 Mrd. €, so sieht der derzeitige Kommissionsvorschlag für die kommende Programmplanungsperiode 2007–2013 insgesamt mehr als 336 Mrd. € vor.

Die Weichen für die Agrarpolitik wurden im Jahr 2003 mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)-Reform neu gestellt, wobei durch eine beschlossene „Deckelung“ der Ausgaben bereits eine langfristige finanzielle Perspektive bis ins Jahr 2013 – und somit bis zum Ende der nächsten Programmplanungsperiode – festgelegt wurde.⁴ In diesem Bereich dürfte somit relativ wenig Handlungsspielraum liegen, was die Diskussion um das EU-Budget für die Programmplanungsperiode 2007–2013 wiederum automatisch auf die Ausgestaltung und die Höhe der Strukturförderung fokussiert.⁵

Betrachtet man die Aufteilung der Ausgaben für die Strukturförderung für das Jahr 2003 nach Ländern (vgl. Abb. 2), so zeigt sich in der Struktur der Auszahlungen nach Mitgliedsländern ein sehr uneinheitliches Bild. So profitierten insbesondere Spanien, Portugal und Griechenland gemessen an den Mittelzuweisungen pro Kopf überproportional von den strukturpolitischen Maß-

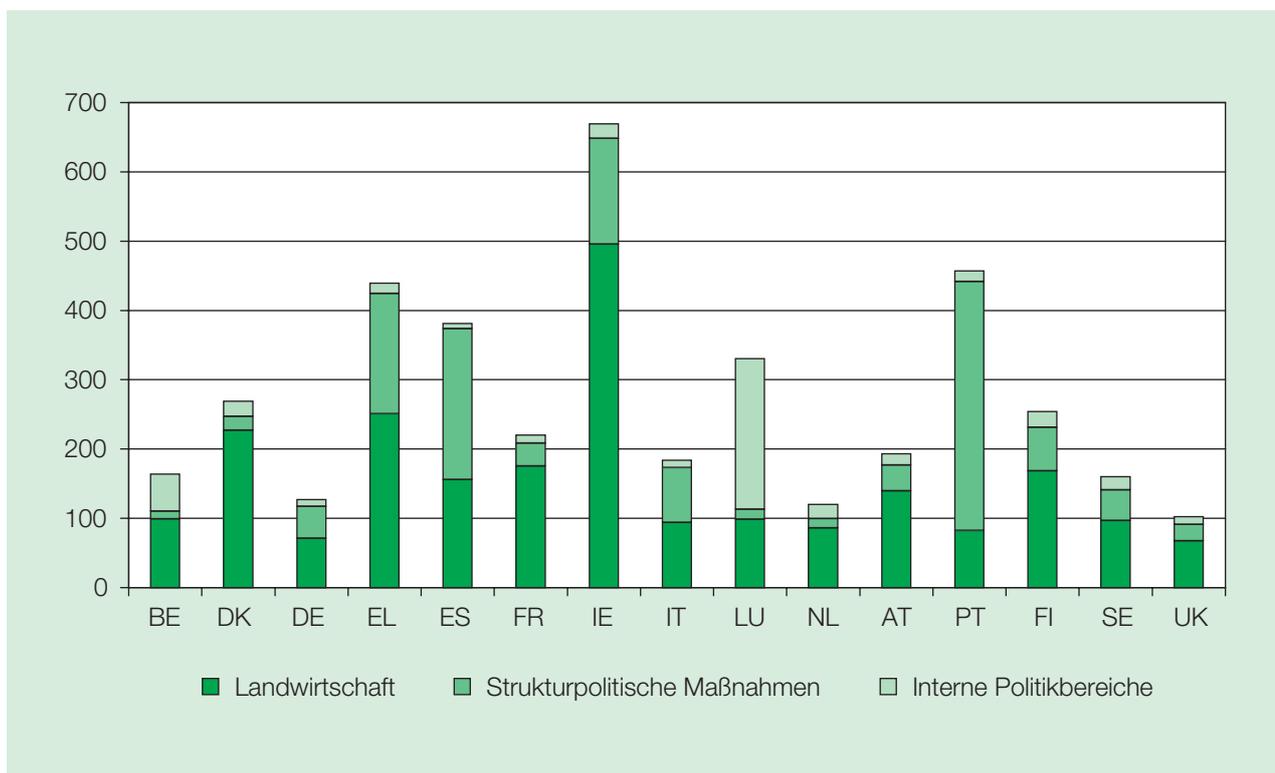
nahmen, während beispielsweise Irland besonders von Zuschüssen im Rahmen der Agrarpolitik profitiert. Wie deutlich zu erkennen ist, gehört Deutschland zusammen mit Großbritannien und den Niederlanden zu den Staaten mit den niedrigsten Pro-Kopf-Rückflüssen. Betrachtet man im Gegenzug die Einzahlungen der entsprechenden Mitgliedsstaaten, so lassen sich recht schnell die Gewinner des bisherigen EU-Transfersystems identifizieren. Hierbei werden die Gesamteigenmittelzahlungen (vgl. Abb. 3) betrachtet. Diese umfassen neben den traditionellen Eigenmittelzahlungen (Agrarzölle, Zuckerabgaben etc.) auch die Mehrwertsteuer-Eigenmittelzahlungen und die Bruttonationaleinkommen-Eigenmittelzahlungen.

So zahlen insbesondere Luxemburg, Belgien und Dänemark pro Kopf gemessen deutlich überdurchschnittlich in den EU-Haushalt ein. Deutschland rangiert hier im Mittelfeld. Betrachtet man die Differenz der Einzahlungen und der Auszahlungen (vgl. Abb. 4) zeigt sich, dass die bisherigen Gewinner Griechenland, Spanien, Irland und Portugal sind, während die Beneluxstaaten neben Deutschland und Schweden zu den Nettozahlern gehören.

⁴ Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004a).

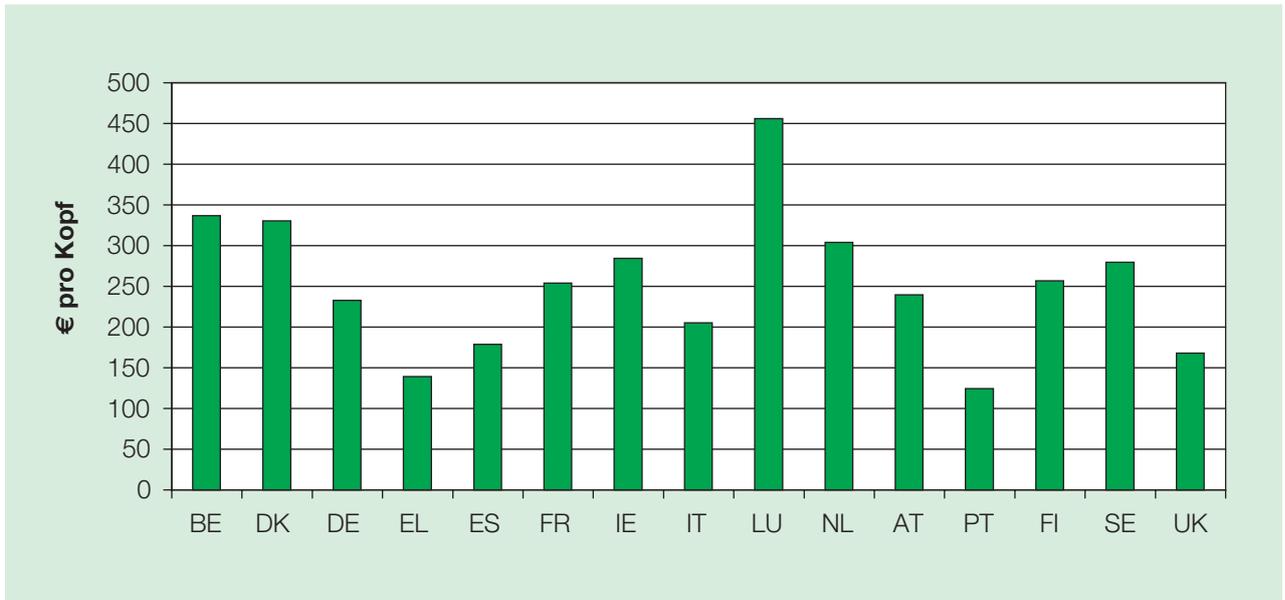
⁵ Vgl. FUCHS und FESTER (2004a).

Abbildung 2: Aufteilung der Ausgaben 2003 nach Mitgliedsstaaten



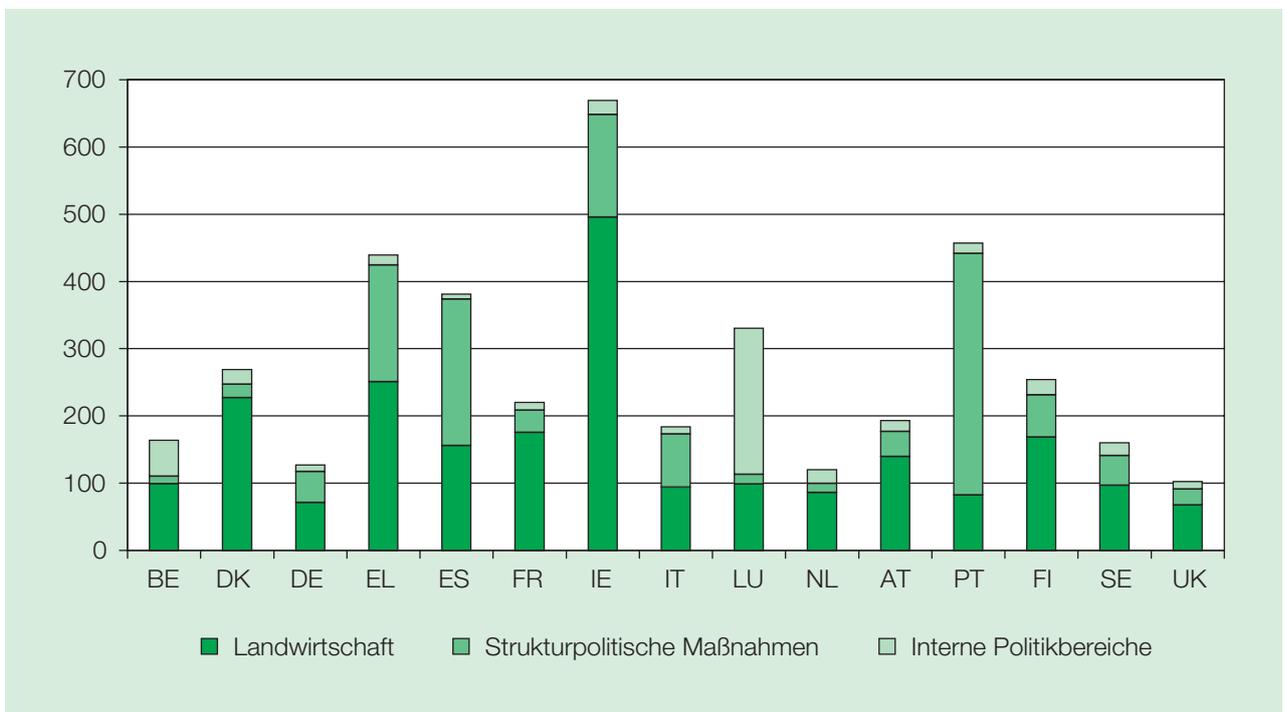
Quellen: Europäische Kommission (2004b), Regiostat, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 3: Gesamteigenmittelzahlungen pro Kopf



Quellen: Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 4: Saldo von EU-Mittelrückflüssen und Gesamteigenmittelzahlungen



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Mit der neuen Programmplanungsperiode 2007–2013 wird sich dieses Bild jedoch drastisch ändern. Durch die EU-Osterweiterung und der damit verbundenen Aufnahme neuer, relativ armer Mitgliedsstaaten wird es zu einer Verschiebung von Strukturfördermitteln nach Osteuropa kommen. Insbesondere Griechenland und Portugal werden hier selbst bei Zugrundelegung des Kommissions-

vorschlag, der eine relativ großzügige Übergangsunterstützung für die bisherigen Ziel-1-Regionen vorsieht, hohe Pro-Kopf-Verluste bei der Strukturförderung zu verzeichnen haben.⁶ Da alle Nettozahler schon in der aktuellen Periode pro Kopf betrachtet Anspruch auf relativ

⁶ Vgl. FUCHS und FESTER (2004b).

wenige Strukturfördermittel haben und die für die vom statistischen Effekt betroffenen Regionen vorgesehenen Übergangshilfen – da sie auch in Netto-Empfängerländern gewährt werden – zu einer weiteren Ausdehnung des Haushalts und somit der Nettobeiträge führen, scheint die Forderung der Nettozahler nach einer Konzentration der Fördermittel auf die bedürftigsten Regionen aus deren Sicht plausibel.⁷

Eine weitere Besonderheit, auf die an dieser Stelle eingegangen werden soll, ist der so genannte „Brittenrabatt“. Hierbei handelt es sich um einen Korrekturmechanismus, den die damalige Regierungschefin Margaret Thatcher 1984 zugunsten des Vereinigten Königreichs aushandelte. Durch diese Vereinbarung werden die theoretischen Nettoszahler Großbritannien begrenzt, wobei diese Begrenzung anteilig von allen Mitgliedsstaaten finanziert werden muss (vgl. Abb. 5). Allein im Jahr 2003 betrug dieser Rabatt über 5 Mrd. €. Als Rechtfertigung für diesen Rabatt wurde damals angeführt, dass das Vereinigte Königreich im Vergleich zu den anderen Nettozahlern relativ arm war und nur sehr wenige Rückflüsse aus der Struktur- und Agrarpolitik zu erwarten wären. Der damalige Beschluss von Fontainebleau sah einen Passus vor, nach dem jedes Land mit einem ähnlich gelagerten Haushaltsungleichgewicht ebenfalls einen solchen Rabatt erhalten könne.⁸

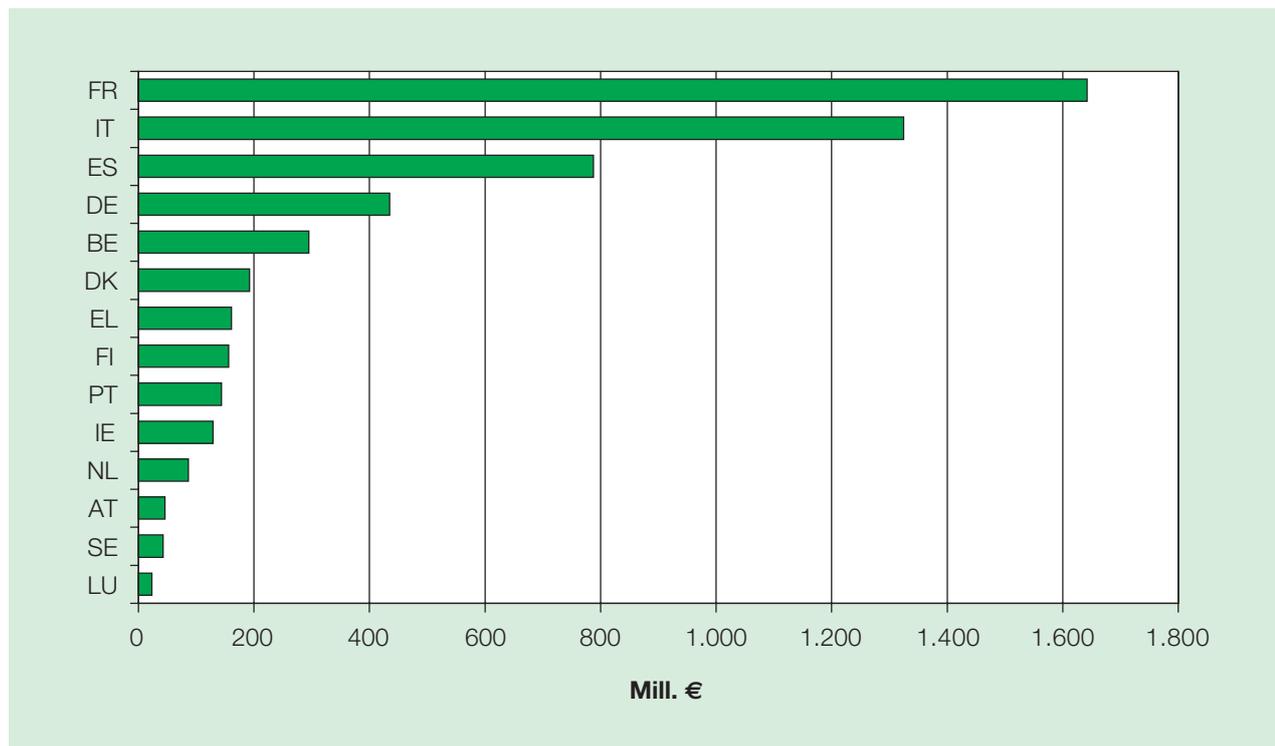
Vergleicht man nun die Eigenmittelzahlungen und die Aufteilung der Ausgaben nach Mitgliedsstaaten in Deutschland und Großbritannien, so fällt es schwer, diesen Mechanismus in der jetzigen Form zu rechtfertigen. Dies gilt insbesondere, da Großbritannien inzwischen zu den wirtschaftsstärksten EU-Mitgliedern gehört. Das Ausgleichsvolumen wird zudem wegen der Aufnahme wirtschaftschwacher Mitgliedsstaaten und der damit verbundenen theoretischen Erhöhung des Nettobeitrags Großbritanniens in der Programmplanungsperiode 2007–2013 auf durchschnittlich 7 Mrd. € pro Jahr ansteigen.⁹ Aus dieser Betrachtung heraus ist der Vorschlag der Kommission zur Streichung des „Brittenrabatts“ und zur Einführung eines allgemeinen Korrekturmechanismus zur Begrenzung der Nettobeträge zu begrüßen. Die Vorschläge der EU-Kommission zur Einführung eines allgemeinen Korrekturmechanismus für alle Nettozahler, um so übermäßige Belastungen zu vermeiden, würden tendenziell zu einem höheren Maß an Gerechtigkeit führen.

⁷ Auf den Interessenskonflikt bezüglich der Strukturfördermittel zwischen den einzelnen Ebenen – insbesondere in Deutschland – wurde in FUCHS und FESTER (2004a) eingegangen.

⁸ Vgl. AUSWÄRTIGES AMT (2005).

⁹ Vgl. AUSWÄRTIGES AMT (2005).

Abbildung 5: Ausgleichsmechanismus zugunsten des Vereinigten Königreiches



Quelle: Europäische Kommission.

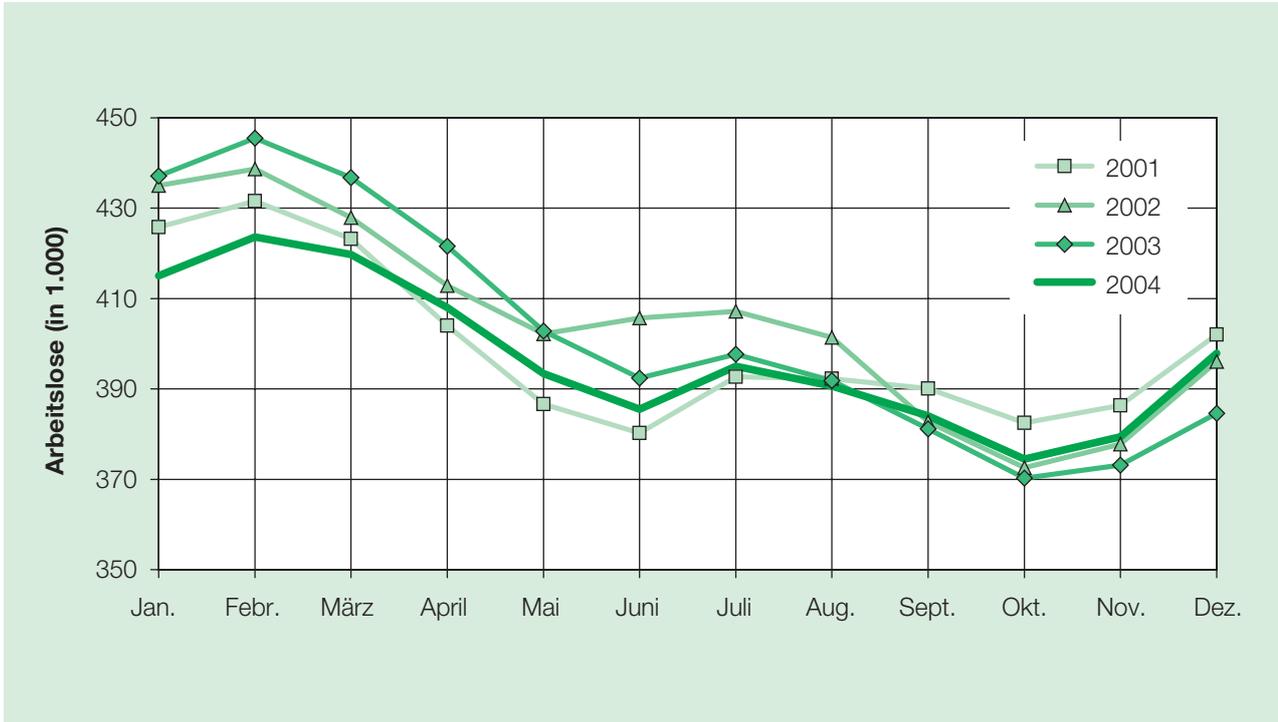
Literatur

- AUSWÄRTIGES AMT (Hrsg.) (2005): Verhandlungen über die Agenda 2007–2013, abgerufen unter http://auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/aktuelles/agenda2007-2013_hm (abgerufen am 07. 01. 2005).
- BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (2004): Pressemitteilung der Bundesregierung vom 25. 08. 2004, abgerufen unter <http://www.bundesregierung.de/dokumente/413.704110/Artikel/dokument.htm> am 18. 01. 2005.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004a): Reform der GAP, abgerufen unter: <http://europa.eu.int/comm/agriculture/capreform> am 17. 01. 2005.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2004b): Aufteilung der operativen EU-Ausgaben 2003 nach Mitgliedsstaaten, abgerufen unter http://europa.eu.int/comm/budget/agenda2000/reports_de.htm am 10. 01. 2005.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (div. Jahrgänge): Finanzielle Vorausschau.
- FOLKERS, C. (1994): Die Kompensationsfunktion des Europäischen Haushalts – Zur ökonomischen Analyse der EU-Finzen im Integrationsprozess, Diskussionsbeiträge des Instituts für Europäische Wirtschaft, Heft 4, Ruhr-Universität Bochum.
- FUCHS, M. und T. FESTER (2004a): EU Regionalpolitik ab 2007 – Richtungsstreit in Deutschland, ifo Dresden berichtet 04/2004, S. 31–35.
- FUCHS, M. und T. FESTER (2004b): Europäische Strukturförderung für die neuen Bundesländer ab 2007, ifo Dresden berichtet 05/2004, S. 3–12.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

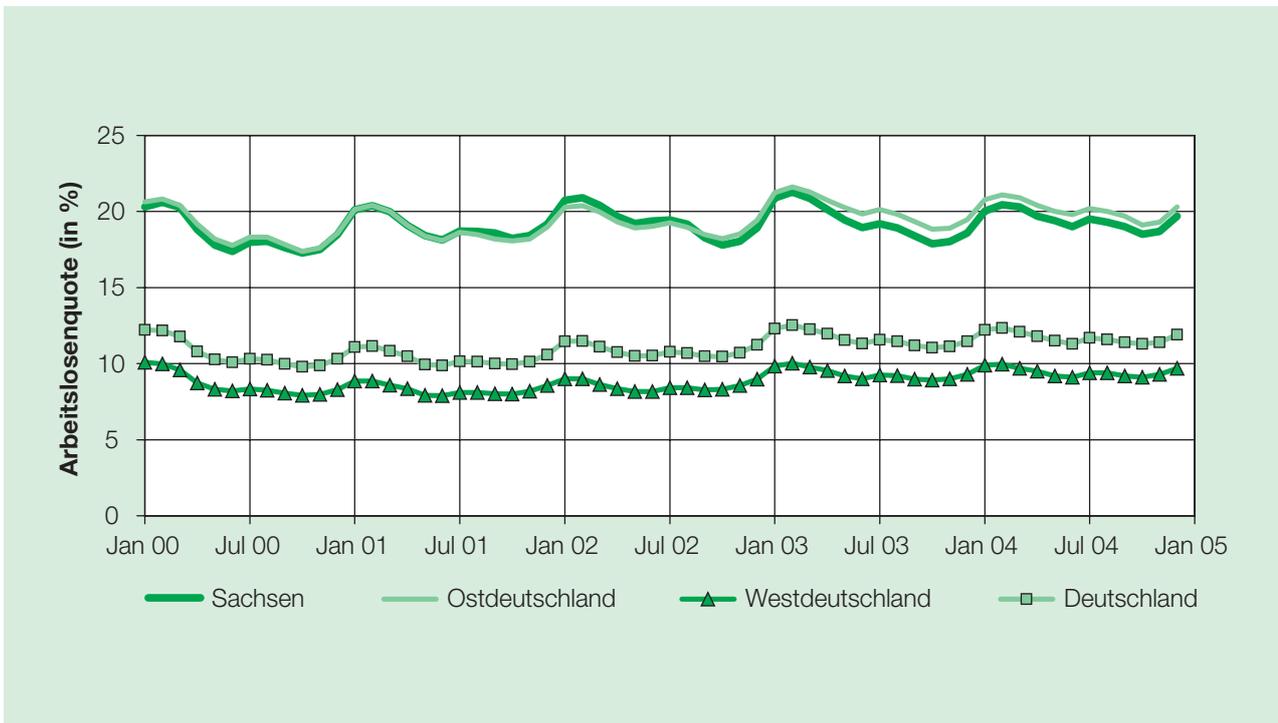
bg

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2001 bis 2004)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten in Sachsen, in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (2000 bis 2004)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Gemeldete Stellen am Monatsende ^b			Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ^c		
	Oktober 2004	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dezem-ber 2004	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dezem-ber 2004	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	730	732	744	6	6	7	24	24	30
Mecklenburg-Vorp.	516	517	538	4	5	5	12	12	27
Sachsen	1.394	1.395	1.417	8	10	12	38	42	46
Sachsen-Anhalt	757	759	775	4	5	7	17	19	27
Thüringen	742	744	753	6	6	7	21	23	26
D Ost (mit Berlin)	5.192	5.203	5.303	33	38	46	138	150	184
D West (ohne Berlin)	21.651	21.703	21.840	192	191	212	225	237	293
D gesamt	26.844	26.906	21.144	225	229	258	363	387	476

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Dezem-ber 2004	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dezem-ber 2004	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Dezem-ber 2004	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	250	239	245	20,3	19,4	19,8	43,9	45,3	44,6
Mecklenburg-Vorp.	192	182	176	23,3	22,2	21,2	42,5	43,5	42,7
Sachsen	398	379	385	19,7	18,7	18,6	44,9	46,6	44,5
Sachsen-Anhalt	267	253	259	22,2	21,0	21,2	45,9	47,1	44,3
Thüringen	210	195	206	18,5	17,2	17,7	41,0	42,9	40,4
D Ost (mit Berlin)	1.604	1.530	1.565	20,3	19,3	19,5	43,6	44,9	43,2
D West (ohne Berlin)	2.860	2.727	2.750	9,7	9,3	9,3	36,3	37,4	33,2
D gesamt	4.464	4.257	4.315	11,9	11,4	11,5	38,9	40,1	36,8

Anm.: a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsagenturen zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Dazu zählt der Bestand an Kurzarbeitern, an geförderten Arbeitnehmern in Arbeitsbeschaffungsmassnahmen und an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels (die gewerbliche Wirtschaft) nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE).

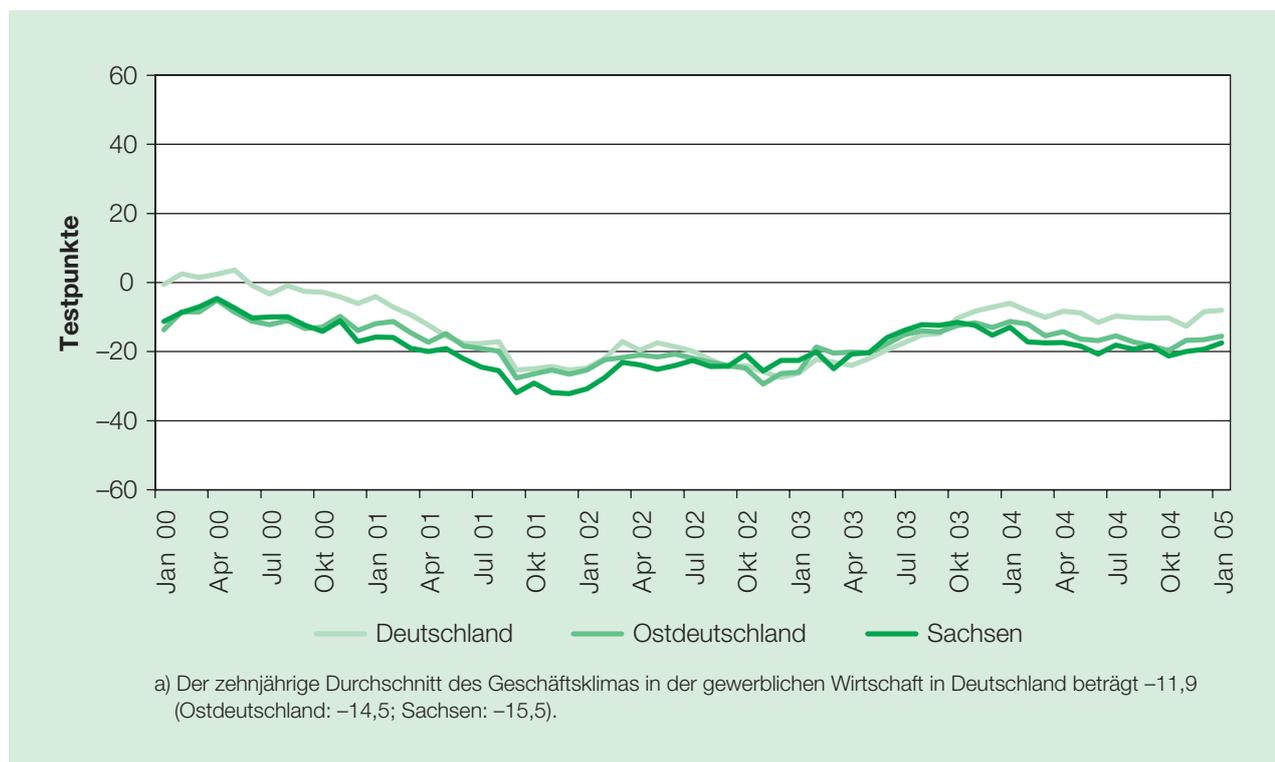
Es berechnet sich formal aus der Beziehung:

$$GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200.$$

Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

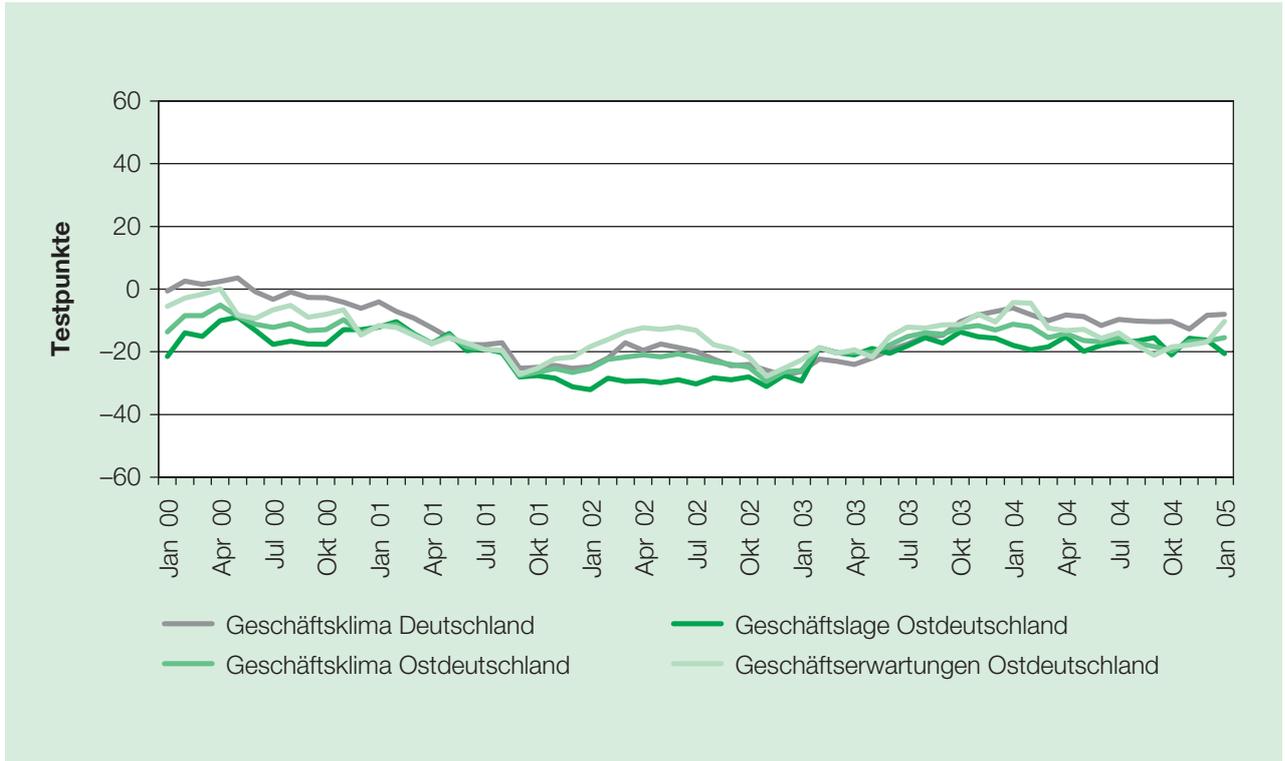
Am ifo Konjunkturtest nehmen insgesamt ca. 7.000 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft teil, rund 1.600 in Ostdeutschland und 600 in Sachsen. In Zukunft werden weitere Details aus dem ostdeutschen Konjunkturtest auf den Internetseiten der ifo Niederlassung Dresden veröffentlicht.

Abbildung 1: Geschäftsklima^a
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen



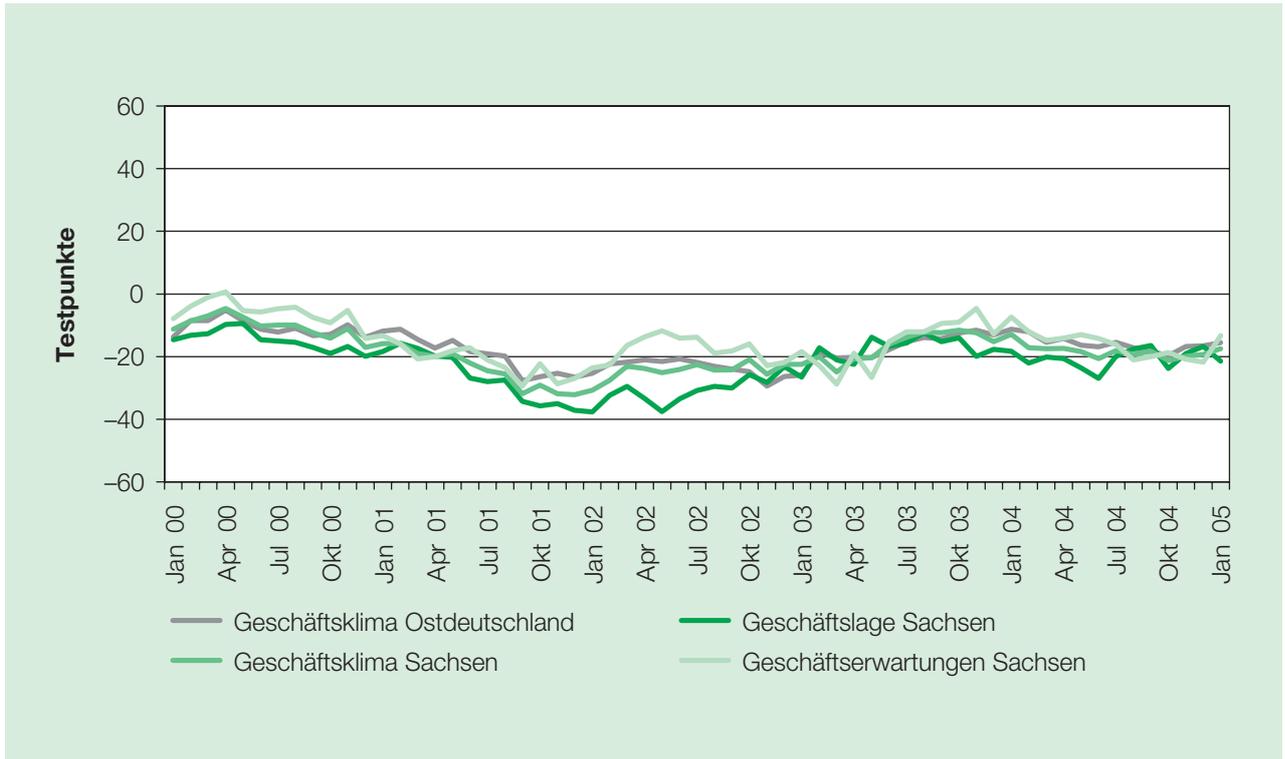
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**



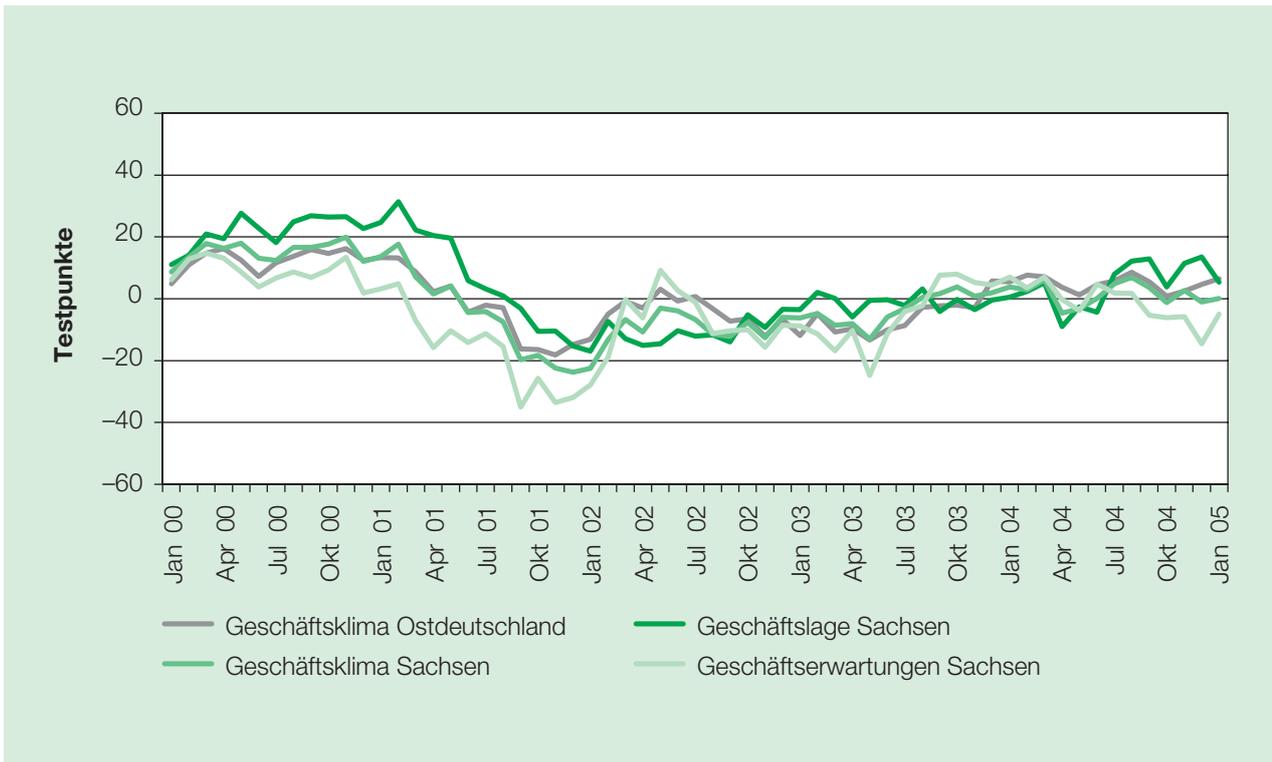
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**



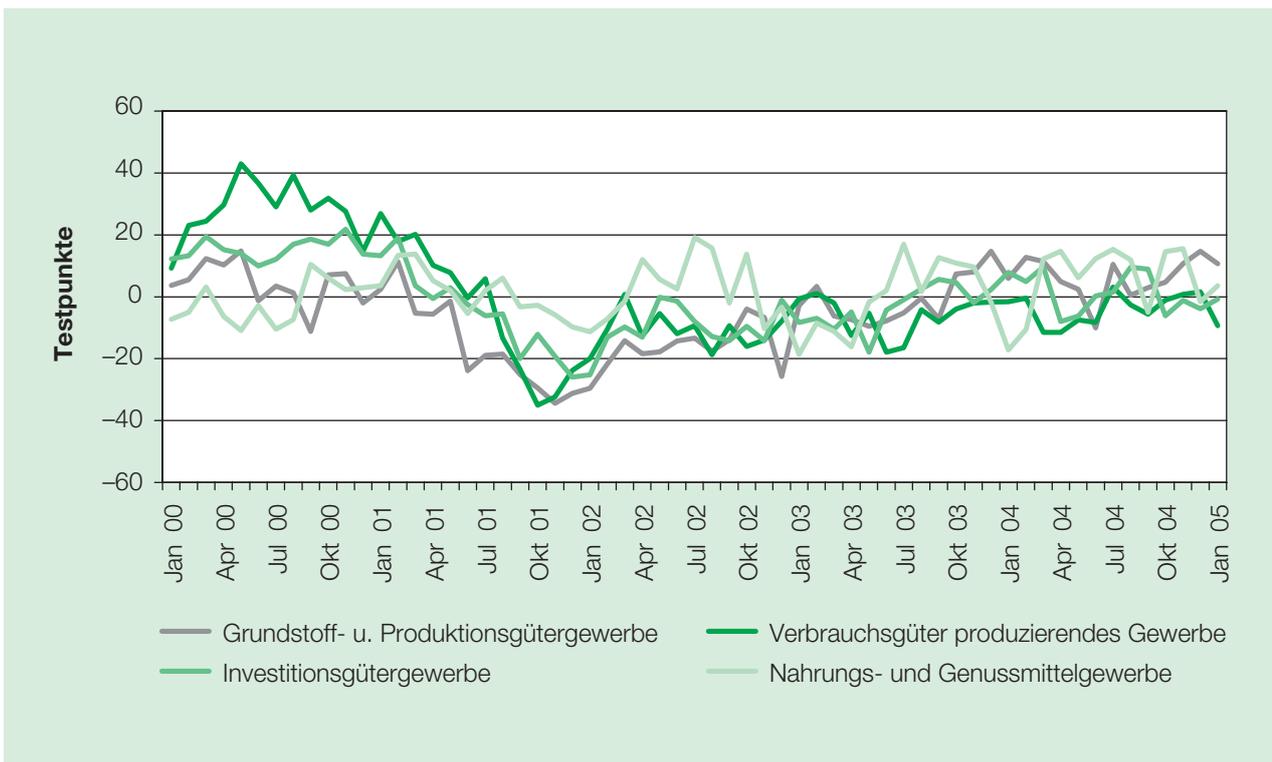
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)



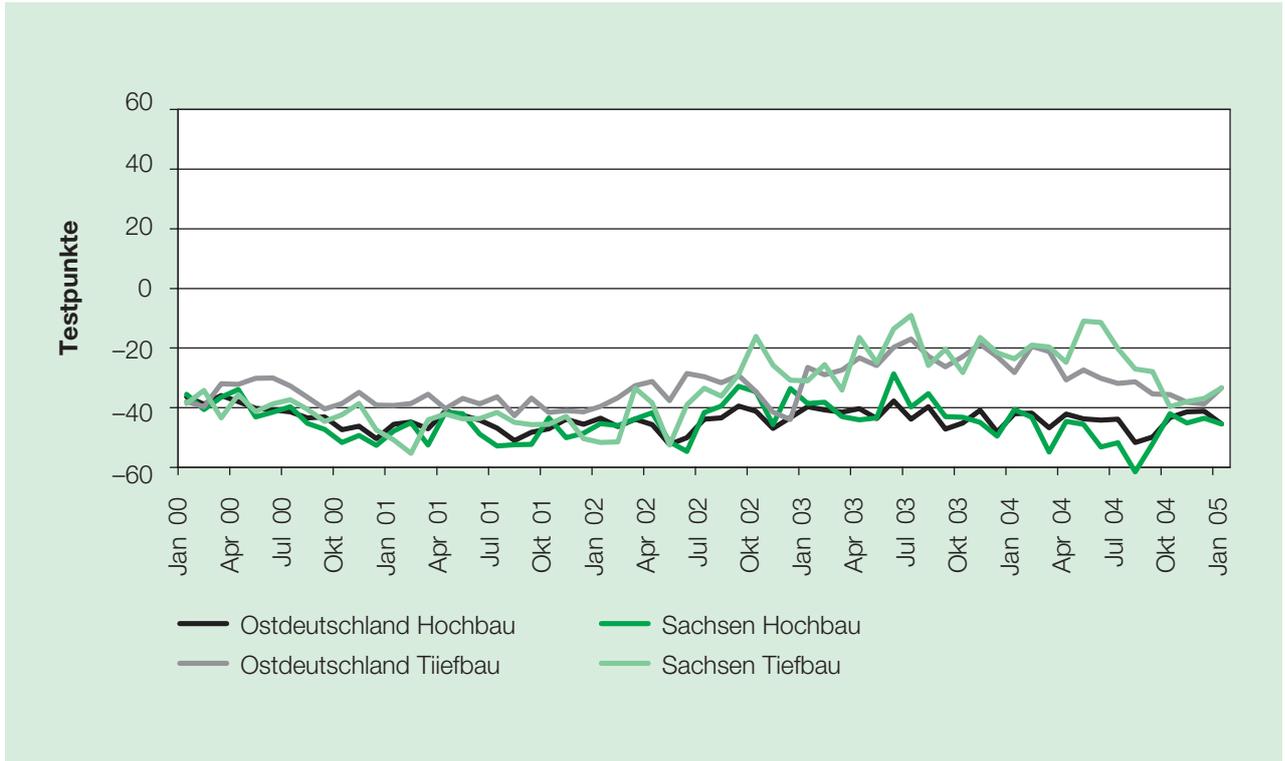
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 5: Geschäftsklima
Branchen des verarbeitenden Gewerbes Sachsen



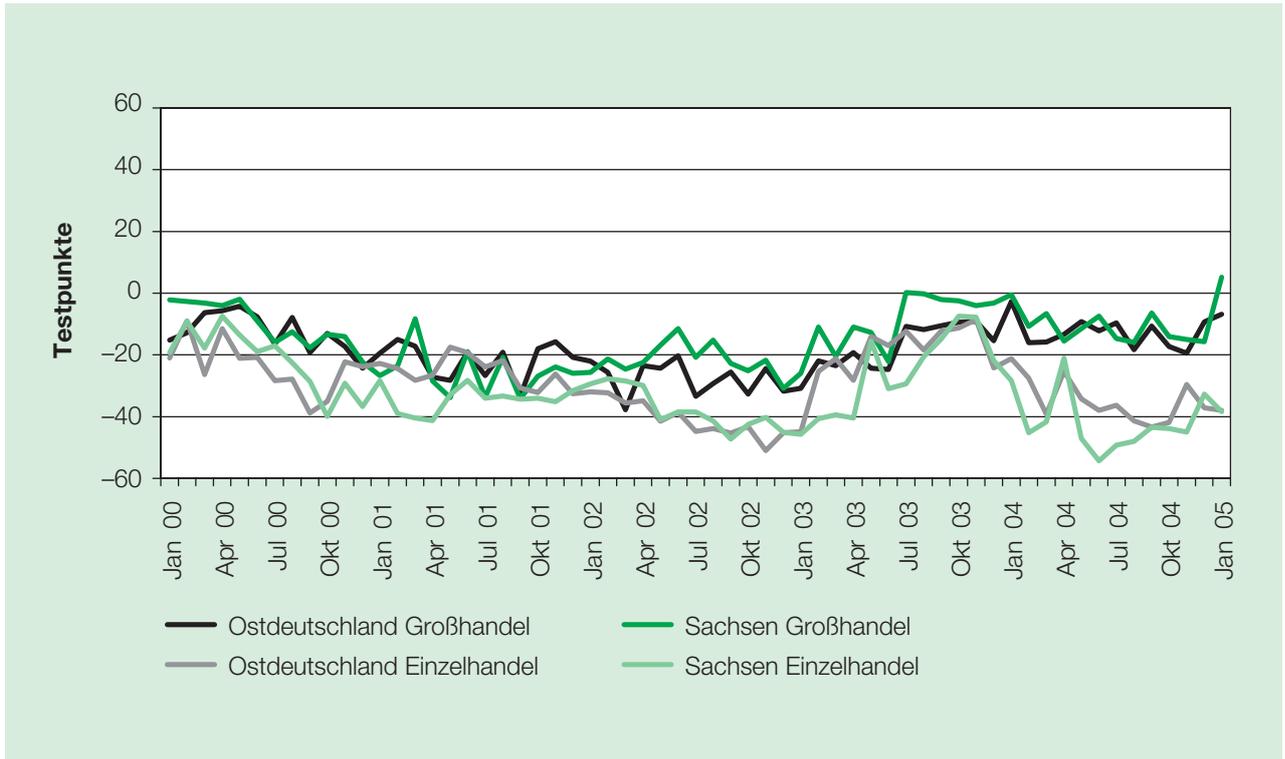
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 6: Geschäftsklima Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 7: Geschäftsklima Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Am **22. Dezember 2004** tagte der Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen in der Niederlassung Dresden. Im Rahmen der Veranstaltung stellte Herr Dr. Wolfgang Nierhaus, wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München, zunächst die aktuelle Deutschlandprognose des ifo Instituts vor. Anschließend berichtete Herr Dr. Wolf-Dieter Speich vom Statistischen Landesamt Sachsen über die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2004. Schließlich stellten Herr Dr. Michael Berlemann und Herr Gerit Vogt, Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, die Konjunkturprognosen für Sachsen und Ostdeutschland für das Jahr 2005 vor. Die nächste Sitzung des Arbeitskreises wird voraussichtlich Ende Juni stattfinden.

Am **13. Januar 2005** begrüßte die ifo Niederlassung Dresden eine chinesische Delegation unter Leitung von Herrn Liu He, Vizeminister in der Abteilung Zentrale

Führungsgruppe für finanzielle und wirtschaftliche Angelegenheiten der Volksrepublik China. Dr. Michael Berlemann, stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung, und Thomas Fester, wissenschaftlicher Mitarbeiter von ifo Dresden, gaben Auskunft über die Langzeitwirkungen von Fördermaßnahmen in Ostdeutschland.

In der Reihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wird am **4. April 2005** Herr Prof. Dr. Johann Graf Lambsdorff, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftstheorie an der Universität Passau, einen Vortrag zum Thema Korruption halten. Prof. Lambsdorff ist durch seine Forschungsarbeiten und seiner Tätigkeit für Transparency International ausgewiesener Experte auf diesem Gebiet. Wie immer ist die Veranstaltung dieser Vortragsreihe öffentlich und findet in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden statt (Beginn: 18.30 Uhr). Interessierte Zuhörer sind herzlich eingeladen.

ifo Vorträge

Am **7. Dezember 2004** nahm Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Die Reformlüge“ teil. Die Veranstaltung wurde vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Sachsen organisiert und fand im Gewerkschaftshaus Dresden statt.

Am **14. Januar 2005** nahm Prof. Dr. Marcel Thum als Diskutant am Expertenpodium zum Thema „Sachsen – Standort für Industrieansiedlung“ teil. Die Diskussionsrunde fand im Rahmen des internationalen Symposiums „Sachsen. Land der Ingenieure“ in den Räumen des Westin Bellevue Hotels Dresden statt.

Am **17. Januar 2005** war Prof. Dr. Marcel Thum als Referent beim Presseclub Dresden zu Gast. Er hielt dort einen Vortrag zum Thema „Arbeitsmarktreformen und Wirtschaftsentwicklung in Sachsen“ und stellte sich anschließend den Fragen der interessierten Zuhörer.

Weiterhin referierte Prof. Dr. Marcel Thum am **18. Januar 2005** im Rahmen der Ringvorlesung „Geld regiert die

Welt“ über die „Reform der sozialen Grundsicherung“. Die Veranstaltung fand im Haus der Kathedrale in Dresden statt.

Am **18. Januar 2005** hielt Dr. Michael Berlemann, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, einen Vortrag zum Thema „Politische Aktienmärkte“ an der Hochschule für Politik in München.

Am **19. Januar 2005** stellte Dr. Berlemann im Rahmen der Lunchtime-Seminare des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung München ein Verfahren zur Konjunkturprognose mittels elektronischer Märkte vor.

Am **28. Januar 2005** informierten Prof. Dr. Milbradt, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, und Prof. Dr. Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden und Vorsitzender der „Expertenkommission zum demographischen Wandel in Sachsen“, über den Auftrag der neu gegründeten Kommission, ihre Besetzung und das Arbeitsprogramm. Das Pressegespräch fand auf Schloss Eckberg in Dresden statt.

ifo intern

Zum 1. Januar 2005 verstärkt **Beate Schirwitz** als Doktorandin das Team von ifo Dresden. Sie hat an der Technischen Universität Dresden Volkswirtschaftslehre studiert. Ihr Studienschwerpunkt lag im Forschungsgebiet der Internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In der Niederlassung wird sie im Bereich Konjunktur und Wachstum mitarbeiten.

Frau **Katrin Eitner**, Forschungsassistentin der Niederlassung Dresden, befindet sich ab Mitte Februar in Mutter-

schutz und Elternzeit. Während ihrer Abwesenheit bis voraussichtlich Herbst 2006 wird ihr Aufgabenbereich wie folgt von Mitarbeitern der Niederlassung übernommen:

■ Presse und Öffentlichkeitsarbeit:

Sabine Engelmann
0351 26476-16

■ Bibliothek:

Evelin Süßenbach
0351 26476-11